KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
13. DEZ. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 48.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 25. November bis 1. Dezember 1910.

Posen, den 6. Dezember 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 12 des Poradnik dla spółek (Posen) vom 1. Dezember 1910:

Eine außerordentliche Tagung des Verbands der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird Donnerstag, den 12. Januar 1911 in **Posen** stattfinden.

Die geehrten Delegierten, Mitglieder und Freunde der Genossenschaften ladet ergebenst ein

Dr. Rzepnikowski, stellvertretender Kurator.

Tagesordnung.

Nach einer um 10 Uhr für das Seelenheil des verstorbenen Kurators Wawrzyniak in der Pfarrkirche in Posen abzuhaltenden hl. Messe werden um 11 Uhr im Bazarsaale in Posen die Beratungen mit folgender Tagesordnung stattfinden:

1. Eröffnung des Verbandstages durch den stellvertretenden Kurator;
2. Prüfung der Delegiertenvollmachten;
3. Wahl des Verhandlungsleiters, eines Vertreters und zweier Schriftführer;
4. Festsetzung der Tagesordnung;
5. Ehrung des Andenkens des verstorbenen Kurators Wawrzyniak;
6. Wahl des Kurators und evtl. eines Kuratoriumsmitgliedes;
7. Schließung des Verbandstags.

Aus Nr. 274 des Kurjer Poznański (Posen) vom 30. November 1910:

Die Wahlbewegung im Wahlkreise Schrimm-Schroda-Wreschen und die nächstjährigen Reichstagswahlen.

Bekanntlich hatte der Hauptrat des demokratisch-nationalen Vereins beschlossen, die Kandidatur des Herrn v. Trąmpczynski für den oben genannten Wahlkreis zu unterstützen. Die drei zuständigen Wahlkomitees beschlossen übereinstimmend, den Wählern die Kandidatur Trąmpczynski auf der ersten Stelle der Kandidatenliste zu empfehlen. Unter diesen Umständen war das Schicksal der erwähnten Kandidatur schon vor den Hauptwählerversammlungen fast gesichert.

Anders verhält sich die Sache mit den weiteren Stellen der Kandidatenlisten der Kreise, besonders mit der zweiten Kandidatur. In die Sachlage nicht Eingeweihten erscheint es vielleicht unverständlich, weshalb der zweiten Kandidatur ein solches Gewicht beigelegt wird. Das geschieht aus zwei Ursachen: zunächst handelt es sich um das Prinzip, um die Kennzeichnung des politischen Standpunktes, dann um die Rücksicht auf die nächstjährigen Reichstagswahlen.

Die Konservativen und ihre Verbündeten haben gegenwärtig auf der zweiten Stelle der Landtagskandidatenlisten die Kandidatur des Herrn Siegmund v. Chlapowski-Turew offen zu dem Zwecke in den Vordergrund gerückt, um ihr für die nächstjährigen Reichstagswahlen im Wahlkreise Schroda-Schrimm-Wreschen den Boden vorzubereiten. Darum hat man sich Mühe gegeben, alle drei Komitees zu bewegen, gegenwärtig die Kandidatur des Herrn v. Chlapowski an zweiter oder wenigstens an dritter Stelle aufzustellen.

Was das Wreschener Wahlkomitee betrifft, so war unschwer vorauszusehen, daß die konservative Mehrheit seiner Mitglieder sich diesem Wunsche fügen werde. Wir bemerken jedoch, daß den Reichstagswahlkreis nur die Kreise Schrimm-Schroda bilden, während der Kreis Wreschen zu dem Wahlkreise Pleschen-Jarotschin-Wreschen gehört, in dessen erstgenannten beiden Kreisen die demokratischen Elemente im übergewicht sind. Die Komiteeliste für den Kreis Wreschen weist auch die Kandidatur des Herrn Dr. Hebanowski auf, welcher einen mittleren Standpunkt zwischen der entschiedenen Linken und Rechten einnimmt. Die Wähler des Bezirks Stralkowo sind ohne weiteres mit der Komiteeliste einverstanden gewesen.

Ganz entgegengesetzt stellt sich die Sache im Kreise Schrimm. Hier siegte von vornherein im Kreiskomitee die Liste mit den ausgesprochen demokratischen Kandidaturen des Grafen M. Mielzynski und des Rechtsanwalts Karpinski-Gnesen an zweiter und dritter Stelle. In einer der in Schroda für die Stadt und den Bezirk Schroda Ost abgehaltenen Wählerversammlungen machte sich eine Opposition bemerkbar, welche von anormalen Verhältnissen im demokratischen Lager Zeugnis ablegte. Diese Verhältnisse sollten sich in Schroda entschieden ändern. Die angesehenen Faktoren sollten unter Beiseitelassung aller persönlichen Angelegenheiten in gemeinsamer einträchtiger Arbeit Bedingungen von der Art schaffen, daß die Kraft der demokratisch-völkischen Elemente in Schroda sich gleichmäßig und harmonisch bemerkbar mache.

Der Mangel an Verständigung möge einer planmäßigen gemeinsamen Aktion Platz machen; denn entgegengesetztenfalls können wir nach einem Jahre bei den Reichstagswahlen Zeugen wenig erfreulicher und geradezu schädlicher Szenen werden. — Wir wissen wohl, daß alles Unerwünschte sich nicht mit einem

Male beseitigen läßt; aber bei gutem bürgerlichen Wollen kann man nach dieser Richtung hin viel ausrichten.

Im Komitee für den Kreis Schrimm hat sich bekanntlich eine nicht große Mehrheit für die Kandidatur des Herrn von Chlapowski erklärt. Daß Schrimm sich ihr widersetzen werde, damit hat die Rechte vielleicht gerechnet, obgleich sie bestimmt eine solche Einigkeit der Meinung und eine solche einstimmige Durchführung der demokratischen Kandidatur des Herrn Dr. Matuszewski nicht vorausgesehen hat. Die energische Opposition von Xions ist für die Rechte wahrscheinlich eine Überraschung gewesen. Ein nicht sehr anders geartetes Ergebnis hätte die Versammlung in Moschin gehabt, wenn die Opposition einigermaßen organisiert gewesen wäre. Es wird das jedenfalls eine Lehre für die Zukunft sein. Daß Kurnik und Dolzig sich für die ganze Komiteeliste erklären würden, damit hat man in demokratischen Kreisen von vornherein gerechnet.

Jedenfalls haben wir keinen Anlaß, mit dem Verlauf der Aktion im Kreise Schrimm unzufrieden zu sein. Er beweist nämlich, daß wir, wenn unsere Organisation sich ausbauen und sich beizeiten mit der Sache befassen wird, bei den nächstjährigen Reichstagswahlen des Kreises Schrimm sicher sein können. Bezüglich dessen können zwei Ansichten unter uns nicht bestehen, daß die demokratischen Elemente sich das Reichstagsmandat von Schrimm-Schroda unter keiner Bedingung entreißen lassen und eher einen legalen, selbst den schärfsten Kampf führen sollten, um auf diesem Posten sich zu behaupten.

Nach den heutigen Erscheinungen zu urteilen, wird dieser Kampf unvermeidlich sein. Es gewinnt den Anschein, daß die Rechte sogar in demokratischen Kreisen die Kandidaturen konservativer Landwirte forcieren wird, und zwar unter der Losung der angeblich bedrohten Landwirtschaft. Kommt es doch jetzt schon dazu, daß man einem Kandidaten für den Landtag (!) die „Bedingung" stellen will, daß er im Landtage?! — die Agrarzölle verteidigen soll, über welche doch bekanntlich der Reichstag entscheidet. Und es bedarf langer Überredung, um die Fanatiker dazu zu bewegen, ihre „Forderungen" zu modifizieren. Das gibt schon einen gewissen Vorgeschmack des Charakters und der Art und Weise des Kampfes der Konservativen im künftigen Jahre. Die Linke denkt, wie wir schon manchmal geschrieben haben, an kein „Attentat" auf die Landwirtschaft, im Gegenteil, sie betrachtet die Bedeutung unserer Landwirtschaft sehr nüchtern und sachlich, aber die Linke wird abgesehen davon nicht zaudern, ihren Standpunkt energisch zu verteidigen, und sie wird, so meinen wir, die Mittel dazu finden, ihn wirkungsvoll zu verteidigen.

Aus Nr. 274 des Orędownik (Posen)
vom 30. November 1910:

Landsleute!

Gebt bei der Volkszählung die polnische Sprache als die Muttersprache an!

Gegenwärtig werden in der ganzen Stadt amtliche Formulare ausgeteilt, welche zu Zwecken der Volkszählung auszufüllen sind. Am 1. Dezember wird im Auftrage des Magistrats eine Amtsperson erscheinen, um diese Formulare abzuholen. Bei wem diese Person das Formular unausgefüllt vorfinden wird, da wird sie es gemäß den Antworten auf die Fragen selbst ausfüllen.

Achtet auf die neunte Frage: Muttersprache? Jeder Pole und jede Polin mögen nur das Wort „polnisch" unterstreichen oder möge man sorglich darauf achten, daß die Amtsperson nur dieses eine Wort „polnisch" unterstreiche.

Wer gestatten sollte, daß die beiden Worte „polnisch" und „deutsch" unterstrichen werden, der will doch nicht für einen echten Polen gelten, sondern für einen halben Polen und einen halben Deutschen.

Unter Nummer 9 steht auch die Frage: Wenn nicht deutsch, ob der deutschen Sprache mächtig?

Wer nicht fließend und korrekt deutsch spricht, der gebe die Wahrheit an und unterstreiche das Wort „nein", oder er lasse die Amtsperson das Wort „nein" unterstreichen. Laßt Euch nicht die Unwahrheit einreden! Es ist das eine wichtige Sache, denn von der Zahl der polnischen Bevölkerung wird es abhängen, ob wir in Posen werden in öffentlichen Versammlungen polnisch sprechen können.

Zeigen wir unsere Stärke! Kämpfen wir für unsere Rechte!

Das Wahlkomitee der Stadt Posen.

Aus Nr. 269 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. November 1910:

Angesichts der Volkszählung*).

*) Alle im Artikel angegebenen Daten, Berichte und Nachrichten sind folgenden Quellen entnommen worden: Preußische Statistik (Volkszählung 1890, 1900 und 1905); Zeitschrift des Kgl. Preuß. statist. Landesamts Jahrgang 1909; Gemeindelexikon der Provinzen Posen und Westpreußen mit Daten aus dem Jahre 1905 und endlich Formulare, die die diesjährige Volkszählung betreffen.

I.

Kaum eine Woche noch trennt uns von der eintägigen allgemeinen Volkszählung, die bekanntlich in ganz Deutschland am 1. Dezember stattfinden wird. Leider hat man polnischerseits dieser wichtigen Angelegenheit nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, man kommt nicht zu der Erkenntnis der Gefahr, die uns bei dieser Gelegenheit droht und für uns die unangenehmsten Folgen haben kann.

Im allgemeinen dienen Volkszählungen der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Wissenschaft und dem Leben. In Preußen dienen sie außerdem noch der Politik, sie sollen besonders in diesem Jahre die Fortschritte der Germanisation offenbaren. Der politische Zweck der preußischen Volkszählungen zeigt sich deutlich:

1. in der Aufstellung der kaschubischen und masurischen Sprache als gleichberechtigt der polnischen Sprache;

2. in der Schaffung der Kategorie der zweisprachigen Personen;

3. in der zusätzlichen Frage über die Kenntnis der deutschen Sprache bei Personen, deren Muttersprache nicht die deutsche ist.

Diese drei Punkte haben einen ausgeprägt politischen Charakter. Aufgabe der ersten beiden Punkte ist die Verkleinerung unserer ziffernmäßigen Stärke und weiter die Schaffung bezw. Vertiefung des Gegensatzes zwischen den polnischen Stämmen.

Der dritte Punkt soll bei der polnischen Bevölkerung die Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen, einesteils um damit die Politik gegen die polnische Sprache in Amt, Gericht, Schule und öffentlichen Versammlungen zu rechtfertigen und anderenteils, um auf diese Weise eine Grundlage zu neuen Beschränkungen unserer Sprache nicht

nur im öffentlichen Leben sondern auch innerhalb der Kirchenmauern zu erlangen. Daß die letzte Behauptung nicht übertrieben ist, werde ich weiter unten beweisen.

Um die Zusammensetzung der nationalen Völker prüfen zu können, gab man den Zählformularen die Rubrik: Muttersprache. Diese Rubrik, deren Einführung Bismarck entgegen war, erschien zum ersten Mal im Jahre 1890 — bei der Volkszählung im Jahre 1895 hat man sie ausgelassen — wieder eingeführt wurde sie in den Jahren 1900 und 1905, im letzten Jahre mit dem Zusatz, der nach der völligen Beherrschung der deutschen Sprache fragte. Auf den diesjährigen Zählkarten finden wir wiederum die Frage nach der Muttersprache u. a. unter Nr. 9. Diese Frage lautet im deutschen Text:

9. Muttersprache: Ob deutsch, holländisch, friesisch, dänisch, wallonisch, polnisch, masurisch, kaschubisch, wendisch, tschechisch, litauisch oder welche andere Sprache?

Wenn nicht deutsch, ob der deutschen Sprache mächtig? (Ja oder nein!) Zutreffendes ist zu unterstreichen!) Welche Sprache nun jemand unterstreicht zu deren Nationalität wird er gezählt werden. — Und weiter, so viel Polen auf die Zusatzfrage bejahend antworten werden, so groß wird die Zahl der der deutschen Sprache mächtigen Polen sein. Es lohnt sich, hier hervorzuheben, daß wenn man im Jahre 1905 noch danach fragte, ob „der deutschen Sprache vollkommen mächtig" man in diesem Jahre das Wort „vollkommen" ausgelassen hat, und es wird nur untersucht werden, ob die gegebene Person die deutsche Sprache spricht oder nicht — ohne erforschen zu wollen, in welchem Grade die betreffende Person die deutsche Sprache beherrscht. Eine so formulierte Frage hat ihre Geschichte und ihr verdecktes Ziel.

Von der Ausfüllung der Sprachenrubrik wird unsere zahlenmäßige Stärke abhängen — und was darauf folgt — unsere Bedeutung in Gemeinde, Kreis und Staat. Es steht zu befürchten, daß unsere Zahl zu niedrig ausfällt aus dem Grunde, daß wiederum, wie bei den früheren Volkszählungen eine Masse Polen zu den Deutschen, oder den Zweisprachigen oder schließlich zu den Kaschuben und Masuren gezählt werden wird. Hauptsächlich in den Kreisen, in denen die polnische Bevölkerung gegen 60 Prozent beträgt, (Kreis Schubin 56,4 Prozent, Posen-Stadt 55,3 Prozent, Briesen 57,4 Prozent, Kreuzburg 58,1 Prozent), wird die Regierung zweifelsohne dafür sorgen wollen, daß die polnische Bevölkerung diesen Prozentsatz nicht übersteige, denn damit würde ja ein solcher Kreis das Recht erlangen, öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache zu veranstalten. Wo nun wiederum die Polen jenen Prozentsatz um etwas übersteigen (in der Provinz Posen die Kreise Gnesen 66,7 Prozent, Krotoschin 64,9 Prozent, Hohensalza 63,7 Prozent, Obornik 60,8 Prozent; in Westpreußen: Strasburg 65,2 Prozent, Tuchel 63,8 Prozent) wird die Regierung höchstwahrscheinlich alle ihr zu Gebote stehenden Mittel gebrauchen, damit die Zählung weniger als 60 Prozent der polnischen Bevölkerung aufweise, was zur Folge haben wird, daß in solchen Kreisen die öffentlichen Versammlungen in polnischer Sprache verboten werden.

Bei der Volkszählung würde uns nicht eine solch große Gefahr drohen, wenn die polnische Bevölkerung selbst die Zählformulare ausfüllen würde. Nach der ministeriellen Verordnung müßte es eigentlich so sein, daher sollen die betreffenden Formulare an die betreffenden Familien schon vor dem Zählungstermin — zwischen dem 28. und 30. November — erteilt werden. Im allgemeinen wird infolge Mangels an Verständnis und Unterschätzung der Wichtigkeit der Volkszählung die Bevölkerung diese Formulare nicht selbst ausfüllen — besonders kann der überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung diese Aufgabe nicht erfüllen infolge Unkenntnis der deutschen Druckschrift. Bis zum Jahre 1871 erschienen die Zählformulare auch in polnischer Sprache, und noch 1890 hat ein Landrat zum Nutzen der Sache polnische Zählformulare gefordert, doch hat das preußische statistische Bureau ihm dieselben mit der Begründung, daß sie mehr schaden als nützen würden, verweigert.

In der Praxis tragen sich nur die Bewohner der großen Städte selbst in die Konskriptionslisten ein, in kleinen Städten und Dörfern besorgen dies in der Regel Zählkommissare, Beamte und Lehrer — natürlich Deutsche. Diese Kommissare verfahren oft parteiisch, wie es die früheren Volkszählungen beweisen. Mir liegen die Daten aus den Jahren 1900 und 1905, die Oberschlesien betreffen, vor. Hier zählte man in der Gemeinde Polanowitz, Kreis Kreuzburg, im Jahre 1900 43 Deutsche und 564 Polen und 5 Jahre später dagegen 555 Deutsche und nur 100 Polen. In demselben Kreise, in der Gemeinde Nassadel (die polnische Benennung ist mir unbekannt) waren im Jahre 1900 628 Deutsche und 517 Polen — im Jahre 1905 dagegen nur 288 Deutsche und 865 Polen. Es ist unmöglich, daß die nationale Zusammensetzung der Gemeindebewohner im Laufe von 5 Jahren tatsächlich einer solchen Änderung unterliegen konnte — es bleibt nur die Annahme übrig, diese Änderung auf das Konto der parteiischen Tätigkeit der Zählbeamten zu setzen. Solcher Beispiele könnte ich noch mehrere anführen. Von den Zählkommissaren wird auch im großen Maße die Zahl der Masuren und Kaschuben abhängen. Aus dem kassubischen und masurischen Dialekt haben die preußischen Statistiker — die zweifelsohne große linguistische Kenntnisse besitzen müssen — besondere Sprachen geschaffen, obwohl niemand diese Sprachen kennt, noch sie anerkennt. Während der letzten Zählung in Ostpreußen waren sogar mehrere Landräte der Meinung, daß man die Masuren zu den Polen rechnen müsse, denn es existiere nur ein masurischer Dialekt und keine masurische Sprache. Gegen diese politisch gefährliche (?) Anschauungsweise der Landräte trat der Regierungspräsident in Allenstein durch entsprechende Verfügungen und Belehrungen auf. Von den Kaschuben berichtet der Regierungspräsident in Danzig, daß nur ein Teil derselben die kaschubische Sprache angegeben habe. Die Mehrzahl hätte sich zur polnischen Sprache bekannt. Der Regierungspräsident empfiehlt daher, für die Zukunft die kaschubische Sprache zu kassieren, da sie doch nach dem Stand der Dinge mit der polnischen Sprache gleichbedeutend sei. Das preußische statistische Amt antwortete darauf, daß die kaschubische Sprache auch weiterhin in den Formularen wird aufgeführt werden, da andernfalls dieser Stamm ganz in den Resultaten der Volkszählung verschwinden würde. Hegen wir die Hoffnung, daß die Mehrzahl der Masuren und Kaschuben auch dieses Jahr die polnische Sprache als ihre Muttersprache angeben und die Eintragung dieser Sprache auf die Zählkarten verlangen werden.

Die parteiische Durchführung der Volkszählung seitens der Zählorgane wird zweifelsohne eine große Anzahl zweisprachiger Personen zeitigen. In der Tat hat ja jeder Mensch nur eine Muttersprache, die er von seinen Eltern geerbt hat und in der er von Jugend auf denkt und betet. Hat man im Jahre 1890 111000, 10 Jahre später sogar 177000 und während der letzten Volkszählung 137000 Personen mit polnischer und deutscher Muttersprache gezählt, so muß man diese hohen Ziffern höchstwahrscheinlich aufs Konto der Zählbeamten schreiben. Bestärkt darin werden wir durch den Umstand, daß die Zahl der Zweisprachigen

in den einzelnen Gemeinden von Zählung zu Zählung großen Unterschieden unterworfen ist, im Jahre 1830 gibt es z. B. in einigen Gemeinden keine Zweisprachigen, bei späteren Zählungen treffen wir sie dort zu Hunderten an. Diese Verhältnisse lassen sich am besten in Oberschlesien beobachten. Hier treffen wir z. B. im Kreise Lublinitz im Jahre 1900 in den einzelnen Gemeinden nur wenige oder gar keine Zweisprachigen an — im Jahre 1905 dagegen in großen Massen und in allen Gemeinden. Es hat fast den Anschein, als ob man im ganzen Kreise nach einer erteilten Instruktion handelte. Gab es im Jahre 1890 in diesem Kreise nur 1120 Zweisprachige — im Jahre 1900 2774 —, so schnellte im Jahre 1905 ihre Zahl auf 10715 (in der ganzen Provinz Posen nur 7430); dafür fiel natürlich die Zahl der eigentlichen Polen von 37827 im Jahre 1900 auf 30336 im Jahre 1905. Die meisten zweisprachigen Personen finden wir in Oberschlesien und im Westen Deutschlands, hauptsächlich in den Städten. Mit Hilfe der Presse und vielleicht besonderer Aufrufe müßte man sich an die städtische Bevölkerung, besonders an die unteren Schichten derselben wenden, damit sie als ihre Muttersprache nur die polnische Sprache angeben und es nicht erlauben, neben die polnische Sprache auch noch die deutsche zu setzen.

Die größte Gefahr für die polnische Gesamtheit ist bei der diesjährigen Volkszählung in der Frage nach der Kenntnis der deutschen Sprache enthalten. M. N.

Aus Nr. 270 des Kurjer Poznański (Posen) vom 25. November 1910:

Angesichts der Volkszählung.

II.

Wie ich bereits bemerkte, ist die größte Gefahr für die polnische Volksgemeinschaft in der Frage betreffend die Kenntnis der deutschen Sprache enthalten. Die historische Vergangenheit dieser Frage ist folgende:

Im Jahre 1900 weist einer der westpreußischen Landräte in seinem Bericht zur Volkszählung (cfr. Preußische Statistik Band 177 Teil I Seite 32) darauf hin, daß es sehr ersprießlich und wichtig wäre, wenn man, statt die Angabe der Muttersprache zu verlangen, lieber fragen würde, ob die betreffende Person die deutsche Sprache beherrscht. Mit Hilfe einer so formulierten Frage ließe sich nämlich bei der Volkszählung auf genaue und sichere Weise das Resultat der bisherigen Bestrebungen feststellen, welche die Verbreitung der Kenntnis der deutschen Sprache unter der polnischen Bevölkerung durch die Schule zum Ziele hätten. Diese Feststellung wäre nämlich von sehr weitreichender Bedeutung in dem Kampfe der Deutsch-Katholiken um die Einführung deutscher Predigten in den katholischen Kirchen der dortigen Gegend; daß der größere Teil der polnischen Bevölkerung heute schon mit vollem Nutzen Andachten in deutscher Sprache anhören könne, daran werde kein Kenner der Verhältnisse zweifeln. Die Volkszählung würde jedoch durch die Frage betreffend Kenntnis der deutschen Sprache dazu einen völlig hinreichenden Beweis liefern, der auf andere Weise schwer zu erreichen sei. Die gegenwärtige Formel (Muttersprache) sei nur den Feinden der deutschen Predigten bei ihrer gegenteiligen Forderung behilflich.

Dieser Vorschlag und diese Argumentation des westpreußischen Landrats haben dem statistischen Bureau in Berlin sehr gefallen, und bei der folgenden Zählung hat man zwar die Frage betreffend die Muttersprache nicht kassiert, aber dieser Frage die Zusatzfrage hinzugefügt, ob die betreffende Person die deutsche Sprache völlig beherrsche. Völlige Geläufigkeit besitzt natürlich selten jemand, daher fielen die Antworten überwiegend negativ aus. Die allgemeinen Ergebnisse müssen für das Deutschtum sehr schlechte gewesen sein, da man es gar nicht gewagt hat, sie zu veröffentlichen. Man hat sich auch in den Debatten über das Vereinsgesetz auf sie nicht berufen, obwohl die hinlängliche Kenntnis der deutschen Sprache bei der polnischen Bevölkerung zweifellos der beste Beweisgrund und die beste Rechtfertigung des Verbots der Anwendung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen gewesen wäre. Übrigens klagen fast alle Regierungspräsidenten der Ostprovinzen in ihren Berichten über die Volkszählung darüber, daß die Frage betreffend die Kenntnis der deutschen Sprache unglücklich formuliert sei und daß man in Zukunft nicht völlige Geläufigkeit verlangen müsse, sondern nur eine Kenntnis der Sprache, welche hinreichend sei, sich im gewöhnlichen Leben, im täglichen Verkehr zu verständigen.

Wie wir aus der oben angeführten Sprachenrubrik für das gegenwärtige Jahr gesehen haben, hat das statistische Bureau nach dem Rat der Regierungspräsidenten verfahren. Wenn jetzt für die deutsche Sprache günstigere Ergebnisse erzielt werden, so werden sie zweifellos veröffentlicht und gegen uns ausgenützt werden. Die Regierung wird mit der hinlänglichen Kenntnis der deutschen Sprache bei der polnischen Bevölkerung die ganze gegen die polnische Sprache gerichtete Politik zu rechtfertigen suchen, und wer weiß, ob sie nicht weitere Einschränkungen dieser Sprache unternehmen, ob sie dieselbe nicht systematisch aus unseren Kirchen zu verdrängen beginnen wird, wie dies jener Landrat aus Westpreußen gefordert hat, auf dessen Anregung hin jene Zusatzfrage in die Zählformulare eingerückt worden ist.

Und nun — was haben wir dem gegenüber zu tun? Welche Abwehraktion haben wir zu beginnen? Zur Arbeit bleibt uns leider nur eine Woche. Auf Donnerstag, den 1. Dezember ist der Zähltermin angesetzt. In dieser kurzen Zeit haben wir eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen.

Diese Aufgabe ist die gehörige Bewußtmachung und Belehrung der polnischen Bevölkerung über die Wichtigkeit der Zählung und deren Gefahren für uns. Die Zählung ist gleichsam eine politische Wahl, während deren die Volksgesamtheit eine Prüfung über ihr nationales Empfinden und über ihre politische Reife ablegt. Die Volkszählung ist ferner ein photographisches Bild der Volksgemeinschaft, sowie ihrer wichtigsten Verhältnisse, und darum ist es Pflicht eines jeden Bürgers, dafür zu sorgen, daß dieses Bild nicht falsch ausfalle, sondern der Wirklichkeit entspreche. Möge unsre ganze Presse in dieser letzten Woche Tag für Tag die Angelegenheit der Volkszählung zur Sprache bringen und die polnische Bevölkerung über die Tragweite dieses Aktes belehren.

Vor allem müssen die, welche die deutsche Sprache kennen, aufgefordert werden, die Zählbogen selbst auszufüllen und ferner ihre Hilfe den Nachbarn und Freunden anzubieten, welche vielleicht die deutsche Sprache nicht beherrschen. Wie erwähnt, sollen die Zählbrucksachen zwischen dem 28. und 30. November unter die einzelnen Familien ausgeteilt werden, zu ihrer Einsammlung durch die Zählorgane sind der 1., 2. und 3. Dezember bestimmt. Es ist somit Zeit genug vorhanden, um sowohl die eigenen Zählkarten auszufüllen, als auch Anderen diesen Dienst zu erweisen.

Die Hauptaufmerksamkeit ist auf die Zusatzfrage betreffend die Kenntnis der deutschen Sprache zu richten. Diese Frage ist auch in der derzeitigen Formulierung unklar. Man weiß nicht, ob es der Regierung auf die Feststellung der völligen oder der teilweisen Kenntnis

der deutschen Sprache ankommt. In den Formularen ist kein Vermerk enthalten, welcher diese Frage aufklärt. Aus der Formel, ob die betreffende Person die deutsche Sprache beherrsche, kann man schließen, daß es sich um die Geläufigkeit hierin handelt.

Wem somit die deutsche Sprache im Sichausdrücken keine Schwierigkeit bereitet, der sollte eine bejahende Antwort geben. Solche Personen gibt es u. A. in unsrer Volksgemeinschaft wenige, da auch der gebildete Pole nur selten geläufig deutsch spricht. Die breiten Volksschichten unsrer Volksgemeinschaft hingegen kennen die deutsche Sprache nicht hinlänglich, und sie sollten einen dahingehenden Bescheid auch auf den Zählkarten und den die Zählung durchführenden Beamten gegenüber geben.

Bei der Zählung ist außer der Sprache auch die Religion Gegenstand der Ermittelungen. Somit hat auch die katholische Kirche ein Interesse daran, daß die Volkszählung wahr ausfalle, und daß alle Schäflein gezählt würden. Auf die Zählung sollte somit auch die Geistlichkeit die Aufmerksamkeit der Bevölkerung hinlenken, deren Tragweite für die Kirche dartun und alle auffordern, am Zähltage ohne Furcht offen das Bekenntnis ihres Glaubens und ihrer Nationalität abzulegen. M. R.

Wir unsrerseits wenden uns nochmals an die Wahlkomitees, daß sie sich ungesäumt mit der Sache befassen, besonders in den Kreisen, wo wir nicht viel über oder unter 60% polnische Bevölkerung haben. Die Sache duldet keinen Aufschub.

Aus Nr. 48 des Robotnik (Posen)
vom 27. November 1910:

Zur kommenden Volkszählung schreibt der Robotnik u. a. folgendes:

Die Volkszählungsformulare enthalten eine ganze Reihe von Fragen, die beantwortet werden müssen. Es wird in ihnen nach dem Vor- und Familiennamen, nach dem Alter, nach der Beschäftigung usw. gefragt. Auf eine dieser Fragen wird ganz besonders aufmerksam gemacht, nämlich auf die Frage betreffend die Muttersprache.

Diese Frage ist für uns überaus wichtig. Von ihrer guten Beantwortung wird es abhängen, ob wir erfahren, wie viel Polen tatsächlich im Deutschen Reiche wohnen.

Seit der Zeit der Gültigkeit des neuen Vereins- und Versammlungsrechtes hat die genaue Zahl der polnischen Bevölkerung für uns eine noch viel größere Bedeutung. Es ist bekannt, daß in den Kreisen, in denen weniger als 60% Polen wohnen, in öffentlichen Versammlungen nicht polnisch gesprochen werden darf. Daraus geht hervor, daß, wenn nicht alle Polen in den Zählformularen angeben, daß ihre Muttersprache die polnische ist, die Behörden leicht weniger als 60% herausrechnen können. Das bedeutet, daß dann dort polnische öffentliche Versammlungen nicht werden veranstaltet werden dürfen.

Es ist daher Pflicht eines jeden von uns, bei der Volkszählung hinsichtlich der Muttersprache die Wahrheit zu schreiben. Wer Pole ist, der möge sich *als Pole eintragen*.

In den Formularen befindet sich auch die Frage, ob zwei Sprachen, d. h. die polnische und die deutsche, die Muttersprache sind. Wer Pole ist, sollte es nicht zugeben, eine solche Eintragung zu machen, wenngleich er auch sehr gut deutsch sprechen und schreiben kann. Jeder Mensch besitzt nur eine Muttersprache und nicht zwei oder gar mehr. Die Muttersprache ist die, in der uns die Mutter das Beten lehrte, in der wir erzogen worden sind, die wir im täglichen Leben in der Unterhaltung zu Hause mit der Familie gebrauchen.

Es kann vorkommen, daß die, welche bei der Zählung unseren des Lesens und Schreibens unkundigen Arbeitern behilflich sein werden, jene beiden Sprachen als Muttersprachen werden eintragen wollen. Damit darf man nicht einverstanden sein, weil man auf diese Weise der Sache schaden könnte.

Wir fordern auf, die Wahrheit zu schreiben und die wichtige Pflicht genau zu erfüllen!

Aus Nr. 272 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. November 1910:

Rechtswidriges Verlangen in Sachen der Volkszählung.

Eine Lehrerin in der ersten Klasse der Bürgerschule in Jersitz verlangte heute von den Schulkindern, sie sollten die Volkszählungsformulare von den Eltern bringen. Dabei bemerkte sie, sie werde diese Formulare persönlich ausfüllen. Es ist das offenbar ein rechtswidriges Verlangen. Wir mahnen, daß die Eltern diese Formulare selbst ausfüllen. Es ist das ihre heiligste nationale Pflicht. Auf keinen Fall sollten sie ein von ihnen nicht ausgefülltes Formular aus dem Hause geben.

Aus Nr. 274 des Orędownik (Posen)
vom 30. November 1910:

In Sachen der Volkszählung

erfahren wir, daß nicht nur in der Bürgerschule in Jersitz eine Lehrerin die Schüler aufgefordert hat, die Formulare in die Schule zu bringen, — sie werde dieselben ausfüllen. Auch auf den Dörfern fordern die Lehrer das Gleiche. Die Eltern sollten den Kindern entschieden untersagen, in der Schule in dieser Hinsicht irgendwelche Aufklärungen zu geben. In der Stadt Posen soll man die einschlägigen Formulare selbst ausfüllen, oder man kann auch einer anderen vertrauten Person dies übertragen. In den Dörfern und Städtchen hat der zählende Beamte in die Wohnung zu kommen und dort, nicht aber in der Schule, die Formulare auf Grund dessen auszufüllen, was ihm der Vater sagen wird und nicht das Kind, welches das sagt, was ihm der Lehrer zu sagen gebietet.

Aus Nr. 267 des „Lech“ (Gnesen)
vom 25. November 1910:

Der neue Gnesener Weihbischof.

Wie wir bereits gestern berichtet haben, ist der Domherr Kloske, der Regens des Priesterseminars in Gnesen, zum Weihbischof der Gnesener Erzdiözese ernannt worden. Diese Ernennung ist für die polnische Volksgesamtheit keine allzu große Überraschung, weil Herr Bischof Kloske von Anfang an als der Kandidat galt, der die größten Aussichten hatte, das Erbe des verstorbenen Bischofs Andrzejewski anzutreten. Wir wollen hiermit nicht sagen, daß die Ernennung des Bischofs Kloske vollkommen den Wünschen und Bestrebungen der polnischen Volksgesamtheit entspricht, die es sicher vorgezogen hätte, auf dem Bischofstuhle einen Mann mit ausgeprägt polnischer Denkart zu sehen; aber immerhin wird unter den heutigen politischen Verhältnissen die Ernennung des Bischofs Kloske der pol-

nischen Volksgesamtheit nicht unsympathisch sein. Bischof Kloske galt stets als gerechter Mann und war bemüht, die Polen durch sein Verhalten nicht zu verletzen. Im Umgange mit Polen und im Hause bedient er sich stets der polnischen Sprache, und er betrachtet sich selbst als Polen.

Wenn ihm trotzdem polnische Empfindungen und Aspirationen fremd sind, so liegt der Grund dafür darin, daß Bischof Kloske von Geburt Oberschlesier und in deutscher Umgebung und unter deutschem Einfluß erzogen worden ist. In jedem Falle hat die polnische Volksgesamtheit zu dem Bischof Kloske das Vertrauen, daß er nicht gestatten wird, daß ihr mit Hilfe der kirchlichen Einrichtungen Unrecht geschieht. Herr Bischof Kloske ist vor allen Dingen ein eifriger Diener der katholischen Kirche, und während seines langjährigen Aufenthalts im Großherzogtum hatte er Gelegenheit, das enge Band kennen zu lernen, welches das Polentum mit der katholischen Religion verknüpft. Sicher hat er auch verstanden, daß der dem Polentum von amtlichen und nichtamtlichen Faktoren erklärte Krieg gleichzeitig und vor allen Dingen gegen den Katholizismus unseres Landesteils gerichtet ist. Die Erfahrung lehrt, daß in dem Maße des Zurückgehens des Polentums in den polnischen Landesteilen auch der Katholizismus zurückgeht, und daß dessen Stelle der Protestantismus einnimmt. Wer also der Germanisierung der Polen entgegenarbeitet, wer die Polen im Kampfe mit der Germanisierung helfend unterstützt, der verteidigt gleichzeitig den Katholizismus und errichtet Schanzen, an welchen die Bestrebungen zersplittern werden, die die Lutherisierung aller Landesteile bezwecken. Wir haben das Vertrauen zu dem Bischof Kloske, daß er in vollkommenem Verständnis für diese Lage nicht gestatten wird, daß man unsere sowieso schon verschwindend geringen Rechte auf die polnische Sprache als Unterrichtssprache im Religionsunterricht in der Schule fernerhin noch mehr beschneidet, und nicht dulden wird, daß man kirchliche Einrichtungen zu politischen gegen die Polen gerichteten Zwecken mißbrauchen wird. Wir haben ferner das Vertrauen zu dem Bischof Kloske, daß er als wahrer Hirt verstehen wird, sich mutig gegen die Prätensionen der Regierung und der Nebenfaktoren zu wehren und nicht gestatten wird, sich im Kampfe mit der polnischen Volksgesamtheit als Werkzeug gebrauchen zu lassen.

Dann, aber auch nur dann, kann zwischen der polnischen Volksgesamtheit und ihrem Kirchenfürsten Eintracht und Harmonie herrschen, die Harmonie, die sowohl im Interesse der polnischen Volksgesamtheit als auch im Interesse der Kirche so sehr erwünscht ist.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen) vom 25. November 1910:

Der neue Gnesener Weihbischof.

Wir lesen im „Lech“:

Nach zweijährigen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vatikan hat die Erzdiözese Gnesen in der Person des Domherrn, Offizials und Regens des Gnesener Priesterseminars, Kloske, endlich einen Bischof bekommen.

Obige Mitteilung ist nicht ganz genau.

Tatsache ist, daß der hl. Vater den Domherrn Kloske zum Weihbischof von Gnesen ernannt hat. Aber es stimmt nicht mit der Wahrheit überein, daß das infolge Verständigung zwischen dem hl. Stuhl und der preußischen Regierung geschehen sei. Die Regierung hat nicht das Recht, sich in die Angelegenheit der Ernennung von Weihbischöfen einzumengen. Die Wahl eines Weihbischofs steht einzig dem regierenden Bischof oder Erzbischof zu. Der hl. Stuhl bestätigt die vom Erzbischof getroffene Wahl. In dem in Rede stehenden Falle hat der hl. Vater selbst die Wahl des Weihbischofs in die Hand genommen, da der erzbischöfliche Stuhl seit fast 4 Jahren vakant ist und seine nahe Besetzung nicht in Aussicht steht. Der heilige Vater hat auf diese außergewöhnliche Weise die seit über 2 Jahren vakante Stelle des Weihbischofs besetzt, um den geistlichen Bedürfnissen des Doms und der Erzdiözese abzuhelfen.

Aus Nr. 270 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 25. November 1910:

Domherr Kloske — Weihbischof von Gnesen.

Nach zweijährigen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vatikan hat die Gnesener Erzdiözese endlich in der Person des Domherrn Kloske, des Regens des Gnesener Priesterseminars, einen Weihbischof erhalten.

Diese Wahl müssen wir in unseren Verhältnissen mit Befriedigung begrüßen. Domherr Kloske, der aus Oberschlesien stammt, hat während seiner langjährigen Arbeit in unseren Erzdiözesen, als Religionslehrer am Mariengymnasium in Posen, als Propst in Jackschitz in Kujawien und schließlich als Regens des Gnesener Seminars unsere Verhältnisse kennen gelernt, und er hat niemals ein Geheimnis daraus gemacht, daß er auf seiten der polnischen Bevölkerung steht, die nicht nur für ihre Nationalität, sondern auch für ihren heiligen Glauben einen Verteidigungskampf führt.

Domherr Kloske, den wir in Kujawien als eifrigen Seelsorger von Jackschitz noch frisch im Gedächtnis haben, hat es auf seinen bisherigen Posten verstanden, sich nicht nur Achtung, sondern Anerkennung und Liebe zu erwerben. Bekannt ist die Anhänglichkeit der Jackschitzer Parochianen an ihren früheren Propst, mit welchem sie bis zum heutigen Tage herzliche Beziehungen unterhalten.

Deshalb zweifeln wir auch nicht daran, daß er in seiner neuen, in unseren Verhältnissen so wichtigen Würde sich das Vertrauen und die Anhänglichkeit unserer weitesten Kreise erwerben wird. Das teuerste Kleinod eines Hirten ist doch das Vertrauen und die Liebe seiner Schäflein.

In diesem Sinne begrüßen wir voll Vertrauen unserer neuen kirchlichen Würdenträger. Wir glauben, daß er in unserer Erzdiözese als Weihbischof eifrig zum Besten der Kirche und unserer Volksgesamtheit arbeiten wird. Von diesen Seiten erwarten ihn, davon kann er überzeugt sein, offene Herzen.

Aus Nr. 270 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 27. November 1910:

Zu welcher Nationalität zählt sich der neue Gnesener Weihbischof?

In den Zeitungen liest man viele falsche Anschauungen darüber, welcher Nationalität Bischof Kloske angehört. Eine Posener Zeitung hält ihn für „einen treuen Sohn des polnischen oberschlesischen Volkes.“

Diese Anschauung ist völlig irrig. Es ist wahr, daß Bischof Kloske ein Sohn des oberschlesischen Volkes ist, man muß aber hinzufügen — ein verdeutschter. Er denkt und empfindet deutsch. Schließlich ist er ein wackerer und gerechter Priester.

Für seine Denkart sprechen seine Reden über „unsern Kaiser".

Es ist also Tatsache, daß auf dem uralten Gneesener Bischofssitz ein im Geiste uns fremder Priester Platz genommen hat, wenn er uns auch aufrichtig wohlgesinnt ist und das Drohende der Lage empfindet, in welcher sich nicht nur die polnische Nationalität befindet, sondern auch die katholische Kirche.

Aus Nr. 273 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 29. November 1910:

Dem Andenken der November-Jahrestage

widmete der Männerverein der Selbsthilfe dem gestrigen Abend. Nachdem er von dem Vorsitzenden, Redakteur Poszwinski, eröffnet und den Erinnerungen der Vergangenheit, von denen die neueste die Tätigkeit des verstorbenen Patrons Wawrzyniak ist, gehuldigt hatte, hielt Redakteur Dr. Marchlewski aus Posen einen interessanten Vortrag über das Thema „die Tragödie des Novemberaufstandes".

Er erläuterte in ihm die Ursachen der Niederlagen jener, die in den Kampf zogen, nicht „um zu siegen, sondern zu sterben". Zum Schluß wies er auf die Reaktion der Bedrückung hin, die sich durch die Hebung des nationalen Geistes in der Emigration offenbart hat. Dem Vortragenden dankten die Mitglieder und eingeladenen Gäste durch lebhaften Beifall.

Aus Nr. 271 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 29. November 1910:

Der Jahrestag des Novemberaufstandes

fällt auf den morgigen Tag. Es sind 80 Jahre seit dem Augenblick vorübergegangen, als unsere Väter mit der Waffe in der Hand den Feind aus dem Lande jagten und Wunder vollbrachten. Was der Mut der Jungen vollbrachte, das verdarb die Feigheit, das Fehlen des Glaubens an die eigenen Kräften bei den Älteren. Das Andenken an diese äußerst ruhmvollen Tage ist für uns stets eine Mahnung, daß zum Siege der Glauben an die eigene Kräfte und an die Lebensfähigkeit der Nation erforderlich ist.

Aus Nr. 268 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 25. November 1910:

Wer veranstaltet die Hetze?

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß hauptsächlich die Beamten die antipolnische Hetze ins Leben gerufen haben und weiterführen, denn dafür erhalten sie reichliche Zulagen. Diese Hetze ist sogar den verständigeren Deutschen zum Ekel geworden, was nachstehende Korrespondenz beweist:

Schubin, den 23. November.

Heute fanden hier die Stadtverordnetenwahlen statt, und zwar wurde in jeder Klasse je ein Stadtverordneter gewählt. Es siegten die deutschen Kandidaten, denn wir sind zahlenmäßig zu schwach, um bei dem gegenwärtigen System unsern Kandidaten durchbringen zu können. Aber hierauf kommt es mir in meiner heutigen Korrespondenz nicht an.

Am vergangenen Montag fand abends eine Versammlung der Bürger Schubins statt und zwar zu dem Zweck, im Gegensatz zu den Beamten einen Bürgerverein zu gründen. Die Sitzung war außerordentlich stürmisch. Auf der einen Seite befanden sich die Beamten, auf der andern Seite die deutschen Bürger. Es fielen seitens der Bürger drastische Worte; man warf den Beamten vor, daß sie durch Drohungen die Bürger zwingen, für einen Beamten zu stimmen. Von deutscher Seite wurden sogar Beweise dafür erbracht, unter welchen Drohungen sie leben.

Die Spaltung ist also eingetreten. Auf seiten der deutschen Bürger sind Stimmen laut geworden, daß sie mit den Polen in Eintracht leben wollen, daß sie von der von der gegnerischen Seite veranstalteten Hetze genug haben.

Die eingesessenen und besser denkenden Deutschen sind also der antipolnischen Hetze überdrüssig.

Aus Nr. 271 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 29. November 1910:

Znin, den 27. November.

Gestern, d. h. am 26. d. Mts., fand hier ein deutscher Kommers zu Ehren des Bürgermeisters und seines 25jährigen Bürgermeisterjubiläums statt. Der Kommers fand im Hotel „Deutsches Haus" statt. Es beteiligten sich an ihm alle Beamten, aber es fehlten auch nicht unsere Polen, wie die Herren W. und R. Strzyzewski. Der Bäckermeister Babski hielt bei dieser Gelegenheit eine patriotische Rede.

Aus Nr. 275 des Orędownik (Posen) vom 1. Dezember 1910:

Gleichberechtigung.

In Sachen des stattfindenden Kursus für Metallarbeiter erhalten wir die nachstehende Zuschrift:

Als ich vor einigen Tagen die Bekanntmachung im „Orendownik" gelesen hatte, daß in der staatlichen Fortbildungsschule ein Kursus für Metallarbeiter eröffnet wurde, beschloß auch ich, mich zu melden. — Am Montag wurden alle Angemeldeten vor den Direktor gerufen, der mit ungewöhnlicher Sorgfalt nach Religion und Muttersprache fragte. Das Ergebnis dieser Nachforschungen war, daß man keinen Polen, sondern nur lauter Deutsche zum Kursus annahm. Ich wende mich an die geehrte Redaktion mit der Frage, ob sich die Sache nicht in irgendwelcher Weise zur Sprache bringen ließe, damit uns fernerhin eine solche Ungerechtigkeit nicht widerfahre. Der Kursus ist überaus nützlich und würde zur Hebung des Metallarbeiterberufs sehr beitragen.

Ein Metallarbeiter.

Soweit unser Korrespondent. Die Sache charakterisiert schlagend die bei uns herrschenden Verhältnisse. Es ist das ein bekanntes System, daß man danach strebt, daß unser Handwerker und Gewerbetreibender sich in beruflicher Hinsicht nicht vervollkommnen könne. In dieser Sache wird schwer etwas zu machen sein; denn diesen Kursus veranstaltet nicht die Handwerkskammer, sondern die staatliche Schule. Jedenfalls werden wir die Sache nicht aus dem Auge lassen.

Aus Nr. 48 des Robotnik (Posen)
vom 27. November 1910:

Auf guter Bahn.

Die diesjährige Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizepatrone hat insbesondere für den Verband eine große Bedeutung. Wir möchten hier auf drei wichtige Sachen aufmerksam machen.

1. Aus dem Munde des hochwürdigen Bischofs fielen Worte, die für die Leiter des Verbandes und für die der einzelnen Vereine eine große Freude sind. Der hohe Gast betonte ausdrücklich, daß er sich aus dem Verlaufe der Verhandlungen, aus den gehaltenen Referaten habe überzeugen können, daß die Arbeit vom wahren Geiste geleitet werde, daß wir uns auf guter Bahn befänden.

Die große Aufgabe der Hebung des Arbeiterstandes und die Mittel, deren wir uns zu diesem Zwecke bedienten, seien gut. Es sei daher wert, der fruchtbaren Arbeit seine Kräfte zu widmen; es sei wert, sich zu mühen, wenn die Sache, für die wir arbeiteten, edel und nutzbringend sei, wenn aus ihr der Ruhm Gottes fließet und für die Gesamtheit Nutzen daraus entspringe.

2. Der hochwürdige Bischof betonte auch, daß er die Arbeit in unseren Vereinen für sehr wichtig halte, daß eine solche Arbeit angesichts der traurigen Verhältnisse unserer Zeiten zur Pflicht eines jeden Kaplans werde, daß sie geradezu zu seinen seelsorgerischen Pflichten gehöre. Er sagte auch, daß er den Wunsch hege, in der Versammlung der Geistlichen Patrone aus unserer ganzen Erzdiözese zu sehen und nicht nur die Vertreter der Hälfte unserer Parochien. Er empfahl schließlich den versammelten Geistlichen, sich um die Gründung neuer Arbeitervereine da zu bemühen, wo es noch keine gebe.

Wir sagen unserem hochwürdigen Bischof aus diesem Anlaß unseren tiefempfundenen Dank, daß er mit so herzlichen Worten unserer Arbeit zu helfen bereit war. Wir wissen, daß noch in vielen Orten, in vielen Parochien Schwierigkeiten herrschen, die es vor der Hand noch nicht gestatten, neue Vereine zu gründen; man wird aber diese Widerwärtigkeiten vielleicht beseitigen können, so daß neue Reihen von Arbeitern binnen kurzem mit uns an die Arbeit gehen werden.

3. Die dritte wichtige Sache in der Zusammenkunft der geistlichen Patrone war schließlich die Annahme des Gedankens, Unterrichtszirkel zu gründen. Unsere Leser werden es verstehen, daß solche Zirkel, die unseren Mitgliedern Gelegenheit geben, nützliche und nötige Sachen zu lernen, viel Gutes schaffen können. In manchen Verbandsvereinen sind solche Unterrichtszirkel bereits eingeführt, und man arbeitet in ihnen schon. Sowohl ihre Leiter wie ihre Mitglieder sind mit ihnen sehr zufrieden.

Auch hier muß man sich Rechenschaft darüber ablegen, daß sich nicht überall alles wird durchführen lassen. Man wird sich in den einzelnen Orten die Verhältnisse ansehen und die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten beseitigen müssen.

Mit großer Befriedigung muß man aber die Nachricht entgegennehmen, daß die Zusammenkunft der geistlichen Patrone die Unterrichtszirkel als eine gute und nützliche Sache angesehen hat. Es ist das wiederum ein Fortschritt in der Entwickelung unserer Arbeit. Wir werden diese Angelegenheit deshalb nicht aus den Augen lassen und im „Robotnik" häufig auf sie zurückkommen.

Die diesjährigen Beratungen der Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizepatrone haben somit reiche Früchte gezeitigt. An uns wird es jetzt liegen, die Ernte nicht zu verderben, sondern sie für die Befriedigung unserer Bedürfnisse auszunutzen und sie wiederum als Saat zu verwenden, die nun hundertfältige Frucht bringen sollte.

Segne uns Gott auf guter Bahn!

Aus Nr. 269 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. November 1910:

Posen, den 24. November 1910.

Einen Sieg in der ganzen Stadt

errangen wir bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse. Diese freudige Nachricht konnten wir gestern abend der polnischen Bevölkerung unserer Stadt durch Extrablätter kundgeben.

Die größte Freude rief allerdings der Sieg im III. Bezirk, der in der Naumannstraße wählt, hervor. Hier hatten die Polen — nach Abzug der polnischen Beamten und derjenigen, die weit verreist sind — nicht ganz 950 stimmberechtigte Wähler. Die Deutschen dagegen über 1000. Trotz des Übergewichts der Deutschen siegten die Polen mit 752 gegen 660 Stimmen. Dies bedeutet, daß von den Polen 80 % von den Deutschen etwas über 60 % ihre Stimmen abgaben. Unsererseits war die Agitation in diesem Bezirk vorzüglich. Wir hatten zwar nicht wie die Deutschen Beamte und Automobile zur Verfügung — doch stützten wir uns auf die uneigennützige Arbeit von 40 polnischen Vertrauensmännern. Die Parole lautete: Wir müssen siegen! Und wir siegten. Was die Wähler anbetrifft, so war das Verständnis der Angelegenheit — mit Ausnahme jener 20 % Nachlässiger — lobenswert. Es gab solche, die auf Ersuchen der Bezirksvertrauensmänner aus der näheren Umgebung Posens, ja sogar aus weiteren Gegenden kamen, um ihre Stimme abzugeben, wo sie am 1. April gewohnt haben. Besonders hervorzuheben ist die Aufopferung der Herren Dr. Adam Kucner und Kasimir Stark, die, obwohl krank, auf Bitten der Vertrauensmänner mit letzteren nach dem Wahllokal gefahren sind und zum Siege mit beigetragen haben. Solche Erscheinungen sind Wert, hervorgehoben zu werden als Beispiel für künftige Zeiten. Gewählt worden sind Herr Suchowiak, emer. Lehrer, und Dr. Bronislaus Szulczewski. Diese beiden Mandate befanden sich bisher in deutscher Hand.

Der zweite Bezirk, der das größte Interesse erweckte, war der Bezirk Jersitz. Auch hier siegten wir zum ersten Mal — aber trotz der Arbeit der Vertrauensmänner — nur mit der bescheidenen Mehrheit von 37 Stimmen. Die Polen erreichten 1385, die Deutschen 1348 Stimmen. Stimmberechtigt waren 2300 Polen und über 1900 Deutsche. Das bedeutet, daß die Polen bei einem Bezirk, den man zum ersten Mal eroberte, sich schwach beteiligten — ca. 60 % —. Die Beteiligung der Deutschen war dagegen bedeutend besser, nämlich 70 %. Traurig ist es, daß eine bedeutende Anzahl von polnischen Arbeitern sich an der Wahl nicht beteiligte. Es kommen hier einem kritische Bemerkungen an die Adresse der Volkspartei in den Sinn. Wir denken nicht dran, uns über alle ihre Leiter zu beschweren, denn einige unter ihnen arbeiteten freudig in den betreffenden Bezirken. Doch jedem fällt das schlechte Wahlresultat und die Wahlenthaltung eines bedeutenden Teils der Arbeiter gerade in dem Stadtteil auf, aus welchem sich eine bedeutende Anzahl der Mitglieder Arbeiter der genannten Organisation rekrutiert. Gewählt wurde der Direktor der Jersitzer

Volksbank Herr Kosicki. Bisher befand sich dieser Bezirk in deutschen Händen.

Der dritte in gewisser Hinsicht interessante Bezirk war der zweite Bezirk, der in der Ritterstraße wählt, und den wir in der vorigen Wahl zum ersten Mal eroberten. Dieses Mal waren hier 1650 Polen und 1100 Deutsche stimmberechtigt. Die Polen eroberten 1011 Stimmen oder 61%, die Deutschen 657 Stimmen oder 60%. Ein mäßiger Prozentsatz sowohl auf der einen, als auch auf der anderen Seite. Gewählt wurden: Czeslaus Leitgeber und Dr. Konrad Kolszewski. Bisher hatten wir in diesem Bezirk ein Mandat inne, das andere Mandat befand sich in den Händen der Deutschen. Die Bezirke, die uns schon gehören, stimmen erfahrungsgemäß am schlechtesten, weil uns der Sieg dort sicher ist.

So stimmten auf der Wallischei auf 2300 Polen 1013 oder 44 Prozent, auf 1500 Deutsche 568 oder 38 Prozent. Gewählt wurde Herr Offierski.

Am Alten Markt wählten auf 1135 Polen 540 oder 48 Prozent auf 665 Deutsche 221 oder 33 Prozent. Gewählt wurden Ludwig Frankiewicz und Dr. Kasimir Honcia.

Wir eroberten also 4 neue Mandate. Gestern wurden 8 polnische Stadtverordnete gewählt, dazu kommen noch 4, die jetzt noch nicht ausgeschieden sind (Prof. Karwowski, Krause, Lewandowski und Trompczynski), so daß wir jetzt im ganzen 12 Polen im Stadtverordnetenparlament haben werden.

Unter diesen Zwölfen befindet sich eine bedeutende Zahl Leute mit entschieden demokratischer Überzeugung, so daß die neue Stadtverordnetenfraktion mehr als bisher der Überzeugung der polnischen Bevölkerung unserer Stadt Ausdruck verleihen wird.

An die Vertrauensmänner und die Wähler des dritten Bezirks (Naumannstraße) richtet sich folgende Danksagung:

Den geehrten Vertrauensmännern und den Wählern des III. Bezirks, die gestern so mutvoll ihre Bürgerpflicht erfüllten und zum ersten Male die Mandate dieses Bezirks eroberten, obwohl in diesem Bezirk die Deutschen die Mehrheit haben, sagen wir hiermit öffentlich unseren Dank. Unser Sieg im III. Bezirk ist Ihr Sieg. Wir danken nochmals und bitten die Vertrauensmänner um Hilfe in der Arbeit — die Wähler dagegen um gewissenhafte Erfüllung ihrer Wahlpflicht — in zwei Jahren. Der dritte Bezirk muß unser bleiben.

Die Bezirksvorsteher des dritten Bezirks Karl Rzepecki, Dr. Marjan Seyda.

Das hiesige Tageblatt, welches schon gestern in seinem Extrablatt bemerkte, daß „die Deutschen 4 Mandate verloren hätten, was zu erwarten gewesen sei" jedenfalls also auch im dritten Bezirk! — schreibt jetzt, daß im dritten Bezirk die Polen „bedeutend schlechter sich an der Wahl beteiligt hätten als die Deutschen". Dessen ungeachtet gibt das Tageblatt zu, daß nach Feststellung der deutschen Vertrauensmänner in diesem Bezirk etwas mehr stimmberechtigte Deutsche gewesen waren als Polen.

Aus Nr. 269 des Lech (Gnesen)
vom 27. November 1910:

Gonsawa, den 25. November 1910.

Ich bin gezwungen, der verehrten Redaktion mitzuteilen, wie die Stadtverordnetenwahlen hier bei uns stattgefunden haben:

Die Wählerversammlung fand am 16. November statt, und der Wahltermin für die 3. und 2. Klasse war auf den 19. November festgesetzt. In der 2. Klasse gingen die Wahlen vortrefflich von statten, denn man wählte den Kaufmann Mnichowski, einen völlig vertrauenswürdigen Menschen. Anders war es bei der Wahl in der 3. Klasse. In der Wählerversammlung legte man Nachdruck darauf, einen Polen zu wählen, der seine nationalen Pflichten erfüllt und unsere Sache noch nicht verraten hat. Und was taten die Wähler der 3. Klasse? Sie wählten einen Menschen, der bei den letzten Reichstagswahlen für einen Deutschen gestimmt hatte, und sich zum Überfluß noch rühmte, daß sowohl er als auch sein Vater für den Deutschen gestimmt hätten. Alle Wähler hatten sie auch gesehen, wie sie während des Kriegervereinstages im vergangenen Jahre mit übrigens von Juden geliehenen Zylindern paradierten, aber all dies war kein Hinderungsgrund, diesen Herren als Kandidaten aufzustellen. Leider war die Folge die, daß einige, die dem Deutschen nicht ihre Stimme geben wollten, fernblieben, während drei für den fremden Kandidaten stimmten. Wenn wir trotzdem in der 3. Klasse gesiegt haben, so verdanken wir dies einzig unserm großen zahlenmäßigen Übergewicht.

Aus Nr. 268 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 25. November 1910:

Witkowo, den 23. November.

Heute fanden hier in der 2. Abteilung die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es wurden vier Stadtverordneten gewählt, von denen jedoch keiner die absolute Stimmenmehrheit erhielt. Die neuen Wahlen werden am 10. Dezember stattfinden.

Der polnische Kaufmann, Herr Gabryelewicz, Inhaber eines Manufakturwaren-Geschäfts, hat für einen Deutschen gestimmt. Die Kundschaft dieses Herrn besteht ausschließlich aus Polen, und er dankt der Volksgesamtheit für ihre Unterstützung auf diese Weise. Es fehlen wahrhaftig die Worte, um das auszusprechen, was jedes ehrliche polnische Herz gegenüber einem derartigen Verhalten empfindet. Herr Gabryelewicz hat durch diese Tat seine Zugehörigkeit zur polnischen Volksgesamtheit verleugnet.

Aus Nr. 269 des Lech (Gnesen)
vom 27. November 1910:

Ein neuer Verein.

Im Saale des katholischen Hauses in Bromberg fand gestern (Donnerstag) eine Versammlung der interessierten Landwirte zum Zwecke der Gründung einer Filiale des landwirtschaftlichen Zentralvereins statt. Auf namentliche Einladungen des Herrn Anieczkowski waren über 20 Herren erschienen. Es wurde beschlossen, eine Filiale zu gründen, deren Vorstand bilden werden:

Szyman aus Karolewo, Vorsitzender,
Mieczkowski aus Nieciszewo, stellvertr. Vorsitzender,
Luczkowski aus Lucimin, Schriftführer,
Niesiolowski aus Bielice, Schatzmeister,
Borczynski aus Potulice, Grygrewicz aus Rybienice und Palendzki aus Lonczysk, Beisitzer.

Die Sitzungen der neuen Filiale werden während des Winters zweimal im Monat stattfinden.

Aus Nr. 273 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 29. November 1910:

Ein neuer Sokolverein.

Gestern wurde ein Sokolverein in Znin gegründet; es ist dies der 11. Verein im I. Gau.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański (Posen) vom 24. November 1910:

Regierungsverfügung in Sachen des Vorkursus des katholischen Religionsunterrichts in den Posener Volksschulen.

In dem Schreiben der Königlichen Regierung, welches die Verteilung des katholischen Religionsunterrichts für die Posener Volksschulen betrifft, ist ganz am Anfang der nachstehende Satz enthalten:

Die Grundlage für den einheitlichen Aufbau des systematisch zu betreibenden Religionsunterrichts bildet ein zweijähriger Vorkursus, welcher die beiden untersten Jahrgänge umfaßt. Auf dieser Vorstufe werden die Kinder nach Nationalitäten getrennt unterrichtet. Vom 3. Schuljahr an beginnt der gemeinsame Unterricht aller katholischen Schüler, gleichviel, ob deutscher oder polnischer Zunge, in deutscher Sprache.

Auf Grund obiger Verfügung soll also an die polnischen Schüler der beiden untersten Klassen der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden. So geschah es auch. Doch diese Spur einer Erleichterung war dem Leiter der Schule in St. Lazarus ein Dorn im Auge und sie beunruhigte ihn. Aus eigenem Antriebe begann er im katholischen Religionsunterricht schon in der untersten Klasse die polnischen Schüler mit den deutschen zu vereinigen und er ließ anfangs auf eigenes Risiko diese Kinder die Glaubenswahrheiten in deutscher Sprache lehren. Später entstand aus dieser hinsichtlich der Geschlechter gemischten Schule je eine besondere Anstalt für Knaben und Mädchen. Die ursprünglich von Herrn Hoffmann getroffene Einrichtung übernahm nach der Teilung auch Herr Rauer, und jetzt erhalten die polnischen Kinder in beiden Schulen schon von der Unterstufe an deutschen Religionsunterricht. Diesem Beispiel folgte der Leiter der Schule in Wilda. Er vereinigte die Kinder des zweiten Jahrgangs oder die Schüler der sechsten Klassen zu einer hinsichtlich der Nationalität gemischten Abteilung, und ließ nur in der siebenten Klasse für die polnischen Kinder den Religionsunterricht in polnischer Sprache bestehen.

Auf welcher Grundlage wurden solche Ausnahmen eingeführt? Etwa auf Grund ministerieller Anordnung? Nein! Die Initiative ging nicht von oben, sondern von unten aus.

Dieser Tatsache tut die Regierung zum ersten Male in diesem Jahre anläßlich der Herausgabe einer neuen Verteilung des Religionsunterrichts Erwähnung, indem sie in jener Verfügung schreibt:

„Die beiden Schulen in St. Lazarus, in denen der Religionsunterricht bereits auf der Unterstufe für alle Kinder in der deutschen Sprache erteilt wird, haben auf Grund ihrer eigenartigen Verhältnisse für diese Stufe einen besonderen Religionsplan entworfen. Desgleichen mußte für die Volksschulen in Wilda, in welchen der katholische Religionsunterricht schon in der VI. (sechsten) Klasse in deutscher Sprache beginnt, ein besonderer Lehrplan für diese Stufe entworfen werden."

Es braucht wohl nicht hinzugefügt zu werden, daß die betreffenden Rektoren Hoffmann, Rauer und Reger, welche mit ihrer Einrichtung dem oben angeführten Eingeständnis der Regierung den Weg gebahnt haben, protestantischen Bekenntnisses sind.

Wenn einer der Lehrer sich herausnehmen würde, ohne Genehmigung der Regierung in irgend einer Klasse für die polnischen Schüler polnischen Sprachunterricht einzuführen, dann würde ihn bestimmt kein geringer Tadel treffen. Und doch wäre ein solcher Unterricht für die polnischen Schüler sowohl nötig als verständlich. Hier aber läßt man es straflos hingehen, daß mit den kleinen polnischen Hirnen im Religionsunterricht Experimente gemacht werden.

Jeder Vorurteilsfreie, selbst wenn er nicht Pädagoge ist, wird zugeben, daß polnische Schüler, selbst solche der Oberstufe, vom deutschen Religionsunterricht nicht den gehörigen Nutzen haben. Wie kann also die Regierung dulden und als recht und ersprießlich anerkennen, daß an polnische Analphabeten, welche erst die ersten Elemente der deutschen Sprache zu lernen anfangen, Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird? Es ist geradezu schwer zu begreifen, daß so weitgehende Maßnahmen der Absicht, der vorgesetzten Behörde zu gefallen, entspringen könnten.

Darin, daß der deutsche Religionsunterricht in den Schulen in St. Lazarus schon von der untersten und in Wilda von der sechsten Klasse an anerkannt wird, liegt ein auffälliger Widerspruch zu der Erklärung der Regierung, daß $^4/_5$ aller Schüler, also der Mittel- und Oberstufe eine sehr unzulängliche Fertigkeit in der deutschen Sprache haben. Sagt doch die Regierung bei der Begründung der Notwendigkeit, in der Religion den Memorierstoff in der biblischen Geschichte einzuschränken: „Die Sprachfertigkeit bei mindestens $^4/_5$ aller katholischen Schüler ist eine sehr mangelhafte." Wenn Regierungs- und Schulräte sich davon überzeugt haben, daß 80 Prozent der katholischen oder fast alle polnischen Kinder die deutsche Sprache unvollkommen beherrschen, wie konnten sie da gestatten, daß manche Rektoren unter Geringschätzung dieser Wahrnehmung schon auf der Unterstufe die kleinen Polen mit deutschem Unterricht über den Herrgott sich abmühen ließen? Wo ist hier jene preußische Beamtensubordination?

Das Kultusministerium hat die Erlaubnis erteilt, daß polnischen Schülern der Religionsunterricht nur auf der Ober- und Mittelstufe in deutscher Sprache erteilt werde, und das einzig da, wo die Kenntnis der deutschen Sprache bei den Schülern soweit fortgeschritten ist, daß das Verstehen des Lehrstoffs keinem Zweifel unterliegt. In Polen hingegen hat die Regierung diese Erlaubnis in den hier dargestellten Fällen sogar auf solche polnische Kinder ausgedehnt, welche erst das deutsche Abc lernen. Um eine solche Auffassung der Sache zu begründen, nennt die Regierung die nationalen Verhältnisse der Schulen von St. Lazarus „eigenartig". Wir kennen die sprachlichen Verhältnisse der Polen und ihrer Kinder in St. Lazarus und wissen, daß sie ebenso beschaffen sind wie auf der Schrodka, in Jersitz und in jedem anderen Posener Stadtteil. Aus diesen Verhältnissen kann man somit nicht das Recht herleiten, irgendwelche Ausnahmezustände einzuführen.

Übrigens ändert sich die Bevölkerung in St. Lazarus im wesentlichen durch das Ab- und Zuströmen von Bewohnern. Dieses Fluktuieren ist dort sogar sehr groß; aber das herrschende Charaktermal bleibt in Lazarus und Wilda stets dasselbe, nämlich daß die Kinder von Hause in die Schule nur die Kenntnis der polnischen nicht der deutschen Sprache mitbringen.

Vielleicht gelangt die Kenntnis von den hier angeführten keineswegs begründeten Willkürlichkeiten durch Vermittelung des vorliegenden Artikels zu Ohren des Kultusministeriums, und es wird — so hoffen wird — nach Feststellung der Sache die Aufhebung der Ausnahmemaßregeln eintreten.

Aus Nr. 268 des Lech (Gnesen)
vom 26. November 1910:

Powidz.

Man hat auch hier bei uns begonnen, Germanisationsabende — sogenannte Volksunterhaltungsabende — abzuhalten. Leider haben sich am ersten Abend nicht nur die polnischen Kinder, sondern auch deren Eltern beteiligt. Auf diesem Unterhaltungsabend wurde ein Vortrag über die Kreuzritter und deren Kulturarbeit gehalten. In welchem Geist dieser Vortrag gehalten war, kann man sich leicht denken. Es ist wahrhaftig eine Schande, daß die polnischen Eltern nicht nur ihre Kinder dorthin schicken, sondern auch selbst noch dorthin gehen.

Bei uns haben sich die Polen noch nicht zu etwas Ähnlichem aufgerafft. Jetzt wären solche Abendunterhaltungen mit Vorträgen, Lichtbildern usw. angebracht, um die Leute von den deutschen Volksunterhaltungsabenden fernzuhalten.

(Wir raten, sich an den Verein Straz in Posen zu wenden und vielleicht wird er Rat schaffen. — Adresse: Dr. Schroeder, Posen, Ritterstraße 12.)

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 144 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. Dezember 1910:

Das ist keiner der „Unsrigen".

Zum ersten Male ist zum Weihbischof in Gnesen ein Deutscher ernannt worden, und zwar der Domherr Wilhelm Kloske. Wir hatten in Posen einen deutschen Erzbischof, Dinder, der die Erzdiözesen vor dem verstorbenen Erzbischhof v. Stablewski verwaltet hat, aber Weihbischöfe beider Posener Erzdiözesen waren bisher nur Polen. Das erste Mal hat ein Deutscher von Geburt eine solche Stelle eingenommen.

Wir heben diese Tatsache deshalb hervor, weil der überwiegende Teil unserer polnischen Blätter in dem neuen kirchlichen Würdenträger einen Polen erblickt und die Hoffnung ausspricht, daß das polnische Volk ihm als einem der Ihrigen Vertrauen entgegenbringen wird. Dem ist nicht so. Der neue Gnesener Weihbischof beherrscht wohl die polnische Sprache wie ein Pole von Geburt; aber da er die Priesterjahre in der Seelsorge unter den Polen im Posenschen zugebracht hat, hatte er Gelegenheit, sich die polnische Sprache gründlich anzueignen. Das ist ihm um so leichter gefallen, da er als aus polnischen Gegenden stammender Oberschlesier die polnische Sprache von Jugend an beherrschte. Eine solche glatte Aussprache ist aber noch kein Beweis dafür, daß sich Herr Bischof Kloske für einen Polen hält. Es gibt viele Menschen auf der Welt, die fremde Sprachen beherrschen.

Ein Pole ist Herr Bischof Kloske auch nicht, wenn er auch ein Kind des polnischen oberschlesischen Volkes ist, und wenn er es auch selbst nachweisen sollte, daß er Pole ist. Der Pole liebt nämlich seine Vergangenheit und begeht mit polnischem Herzen alle Gedenktage, die uns Polen die Ruhmestaten unserer Vorfahren ins Gedächtnis rufen. Jeder Pole will gern in Armut und Erniedrigung leben, wenn er nur mit seiner polnischen Gesamtheit leiden kann. Die Leiden dieser Gesamtheit sind seine Leiden, ihre Freuden sind seine Freuden, und ein solcher Pole verläßt seine Gesamtheit nicht für alle Schätze der Welt. Ein solcher Pole ist Herr Bischof Kloske nicht. Als wir im Juli d. J. die Feier der berühmten Grunwaldschlacht begingen, wo der polnische König Jagiello vor 500 Jahren die polnische Nation aus der harten kreuzritterlichen Faust befreit hat, da hat die ganze polnische Nation an dieser Feier freudigen Anteil genommen. Sie rief uns ins Gedächtnis unseren Ruhm und unsere Macht. Jener Domherr Kloske hat indessen gelegentlich dieses Gedenktages als Domprediger eine Predigt gehalten, die uns schmerzlich berühren mußte. Was er damals gesagt hat, gedenken wir heute nicht mehr, jedenfalls wissen wir aber, daß er in gewissem Grade seine Abneigung ausgesprochen hat. Ob ihm diese Predigt zur Erlangung der Bischofswürde verholfen hat, wissen wir nicht, jedenfalls ist sie aber, wie wir wissen, ihm kein Hindernis gewesen.

Herr Bischof Kloske teilt demnach unsere nationalen Empfindungen nicht, er ist also nicht einer der Unsrigen. Er ist einer derjenigen Priester, die nicht verdeutschen, aber außerhalb der Kanzel und des Beichtstuhls an unseren Freuden, Leiden und Arbeiten nicht teilnehmen und nicht teilnehmen werden. Er ist mit einem Wort ein Zentrumsmann.

Herrn Bischof Kloske werden die Diözesanen Ehrerbietung und Achtung entgegenbringen als einem Erzpriester Christi, als einem Gärtner im Weinberge des Herrn, aus dem auf uns Katholiken der Segen Gottes fließt — aber Liebe wie einem der Ihrigen können sie ihm nicht entgegenbringen.

Ein Blatt schreibt, daß der hl. Vater ihn uns geschickt hätte und daß die Regierung auf seine Ernennung keinen Einfluß gehabt habe. Wenn das der Fall ist, dann beugen wir uns vor dem Urteil des apostolischen Stuhles als seine treuen Kinder. Aber wir neigen zur Ansicht des Postemp, daß die Regierung ein Einmischungsrecht zu dieser Ernennung als Patron der Propstei in Znin gehabt hat, deren Propst der jedesmalige Weihbischof in Gnesen ist. Denn sonst würden wir den Domherrn Goczkowski zum Bischof haben, von dem schon vor einem Jahre verlautete, daß er Weihbischof werden solle.

Das polnische Volk hat ein Recht zu erfahren, was für einen Bischof es hat, einen Polen oder einen Deutschen, um sich sagen zu können, ob es von einem solchen kirchlichen Würdenträger größeres Wohlwollen für seine Nationalität erwarten kann, oder auch nicht, damit es dementsprechend Mittel zur Verteidigung seiner nationalen Schätze anwenden kann. Je mehr unsere polnischen Blätter die Nationalität der Bischöfe und Priester in Erinnerung bringen werden, umsomehr wird sich im polnischen Volke die Wachsamkeit hinsichtlich der Verteidigung unserer Nationalität regen. Wenn wir also dreist sagen werden: der und der Bischof, oder der und der Priester ist nicht einer der Unsrigen, sondern ein Zentrumsmann, dann werden sich die Parochianen und Diözesanen sagen: es ist gut, daß wir das wissen. Wir wissen jetzt, daß wir von ihnen nichts zu erwarten haben, und müssen uns daher umsomehr verteidigen, damit wir nicht von der Gleichgültigkeit für unsere Nationalität angesteckt und auf diese Weise verdeutscht werden. Wir bringen ihnen die Ehrerbietung entgegen, die ihnen als Bischöfe und Priester gebührt, doch in weltlichen Angelegenheiten müssen wir unsere eigenen Wege gehen. Die Nachricht, daß Herr Bischof Kloske unser Landsmann sei, betört nur die weniger aufgeklärten Leute, die dann einen Vorwand haben zu behaupten, daß der und der deutsche Propst auch ein Pole sei, weil er polnisch kann, wenn er auch verdeutscht.

Eine derartige Nachricht ist aber auch der Regierung gegenüber für uns schädlich — und zwar sehr schädlich. Denn die Regierung wird sich nun sagen, daß wenn die Polen den Herrn Bischof Kloske mit solchem Wohlwollen begrüßt haben, wenn also die Sache so glatt abgelaufen ist, dann werden wir uns auch gewiß nicht sehr darüber ärgern, wenn wir zum Erzbischof in Posen

den Domherrn Sander bekommen. Daß dem so ist, dafür sind schon Beweise vorhanden. Eins der Berliner Hauptblätter, und zwar die Vossische Zeitung sagt, daß durch die Ernennung des Domherrn Kloske eine gewisse Bedingung erfüllt sei, als deren Folge die Ernennung des Domherrn Sander zum Erzbischof von Gnesen-Posen bald erfolgen wird.

Jene „erfüllte Bedingung" ist nämlich die, daß die Regierung den Domherrn Kloske zum Weihbischof, also dem hl. Stuhl und den Polen gewissermaßen eine Konzession gemacht hat, indem sie ihnen einen Polen gegeben hat. Wir sehen also, daß die deutschen Blätter die Nachricht der polnischen Blätter, daß Bischof Kloske ein Pole sei, ausnutzen und heuchlerisch hinzufügen: weil die Regierung euch Polen eine Konzession gemacht hat, müßt auch ihr der Regierung eine Konzession machen und sich mit der Kandidatur des Domherrn Sander einverstanden erklären.

Es war also seitens unserer Blätter sehr unpolitisch, daß sie die Ernennung des Domherrn Kloske mit einem solchen Wohlwollen begrüßt haben. Wir zanken uns untereinander um die geringste Kleinigkeit, wir werfen uns Versöhnungsparteiler, Volksparteiler an den Kopf und wollen das polnische Volk durch Gründung von Parteien politisch bilden, aber hier, wo es sich um die Verteidigung unserer geistlichen Festung handelt, geben wir sie unwillkürlich selbst allmählich in die Hände unserer Gegner.

Wir kennen die polnische Gesamtheit und wissen, daß ein deutscher Erzbischof in Posen eine Dornenkrone haben würde, doch wozu bei der preußischen Regierung einen falschen Appetit erwecken, der wiederum zu gegenseitigen politischen Abenteuern führen kann? Denn ein deutscher Erzbischof wäre doch dazu da, um das polnische Volk mit Hilfe der Beschränkung der Geistlichen in der sozialen Arbeit am polnischen Volk zu verdeutschen. Es würde infolgedessen ein fürchterlicher Kampf gegen den Erzbischof beginnen, der einen ganz anderen Umfang annehmen würde, wie bei uns in der Kulmer Diözese. Das müßte die Regierung begreifen. Wenn schon der verstorbene Erzbischof v. Stablewski fortgesetzter Verdächtigungen seitens des polnischen Volkes ausgesetzt war, obwohl er ein Landsmann war, was würde dann erst geschehen, wenn auf den Erzbischofsstuhl ein deutscher Erzpriester gerade in dem Augenblick gelangen würde, wo die Aufklärung unter dem polnischen Volke so tiefe Wurzeln geschlagen hat?

Die Verdeutschung des polnischen Volkes ist heute schon sehr schwierig, denn die Aufklärung ist groß und alle Mittel, die eine allmähliche Verdeutschung des polnischen Volkes mit Hilfe deutscher Bischöfe und Geistlichen anstreben, schwächen im polnischen Volk nicht die Liebe zur heiligen Kirche, sondern zu den geistlichen Hirten. Das sehen wir in der Kulmer Diözese, wo im polnischen Volk das Empfinden „das sind nicht Unsrige" immer stärker geweckt wird.

Aus Nr. 140 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 22. November 1910:

Zentrumsdrohungen.

Die Zentrumsleute kommen immer häufiger nach unserem Westpreußen zur Vervollkommnung ihrer Parteiorganisation. Wir haben nichts dagegen, wenn die Zentrumsleute ihre Anhänger unter einer Zentrumsfahne zusammenscharen; denn wenn sie das nicht täten, dann würden sich die Zentrumsherren in unseren polnischen Gegenden mit den Konservativen und, was noch schlimmer ist, mit den preußischen Polenfressern verbrüdern. Andere werden wiederum in die Netze der roten sozialdemokratischen Heiden fallen, was bisher in den Städten, wie z. B. Bromberg, Thorn, Graudenz, Dirschau und Danzig leider so häufig geschehen ist. Mögen aber die Zentrumsherren wissen, daß wir uns verbitten, das unaufgeklärte Volk in ihre Parteiorganisationen, in ihre „Volksvereine" usw. hineinzuziehen.

Wenn die Zentrumsherren auf dem Zentrumstag in Dirschau, über den wir schon berichtet haben, über die „Gazeta Grudziondzka" hergefallen sind, weil sie das Deutschtum bekämpft, so rechnen wir uns diese Schläge, welche die Zentrumsherren auf uns haben niedersausen lassen, nur als Ehre an.

Wir werden auch mit derselben Energie, wie bisher, die Germanisierung weiter bekämpfen, die manche Zentrumsgeistliche nicht nur zum Schaden der polnischen Nation, aber auch der Kirche verbreiten. Gegenwärtig handelt es sich aber nicht darum, sondern um folgende Sache:

Zum Zentrumstag nach Dirschau ist als Redner Herr Graf Praschma, oder auch, wie sich seine Väter noch geschrieben haben, Prażma, zentrumsparteilicher Land- und Reichstagsabgeordneter, eingeladen worden. Herr Graf Praschma hat auf dem Zentrumstage in Dirschau offenbar vollständig vergessen, daß er sich auf polnischer Erde befand. Und offenbar hat die Nachbarschaft des Kreuzritterschlosses in Marienburg in ihm eine echt kreuzritterliche Gesinnung hervorgerufen.

Und unter dem Eindruck dieser Gesinnung hat sich Graf Praschma Worte an die Adresse der Polen zu richten erlaubt, die besser unausgesprochen geblieben wären. Denn diese Worte können die polnische Gesamtheit nur kränken und reizen. Herr Graf Praschma hat z. B. auch den sogenannten polnischen Radikalismus erwähnt und gesagt, daß das Zentrum aufhören würde, die Polen zu unterstützen, wenn sie in das radikale Lager hinübergingen.

Wir haben schon so häufig erklärt, daß jeder rechte Pole, jeder, der sein unglückliches polnisches Vaterland heiß liebt, in den Augen der Deutschen radikal ist. Und möge Herr Graf Praschma wissen, daß kein echter Pole die Liebe zu seinem unglücklichen polnischen Vaterland aufgeben wird, und wenn das Zentrum zehnmal drohen sollte, die Polen nicht mehr unterstützen zu wollen, denn je unglücklicher dieses unser Vaterland ist, desto mehr wird es jeder seiner Söhne und jede seiner Töchter lieben. Denn kein rechtes Kind verläßt seine Mutter, und umsoweniger, wenn diese Mutter unglücklich ist.

Herr Graf Praschma ist auch dagegen aufgetreten, daß die Polen Polen als ihr Vaterland betrachten, und hat gefordert, daß sie Preußen als ihr Vaterland anerkennen sollten.

Und damit hat Herr Graf Praschma gezeigt, daß, obwohl er schöne Phrasen macht und sagt, daß das Zentrum die antipolnische Politik der preußischen Regierung nicht unterstützt, er sich aber nicht im mindesten von den preußischen Polenfressern unterscheidet. Und sein Geschwätz von der Nichtunterstützung der antipolnischen Politik, soweit es ihn selbst betrifft, ist weiter nichts als kreuzritterliche Heuchelei.

Möge Herr Graf Praschma auch wissen, daß seine Reden und Forderungen, die Polen sollten ihr unglückliches Vaterland in seinem Unglück verlassen, eine geradezu schändliche Zumutung, eine schmachvolle Verhöhnung des Schmerzes der polnischen Nation ist.

Möge Herr Graf Praschma wissen, daß des Polen Vaterland Polen war, ist und sein wird, und daß es nie und nimmermehr jenes Preußen werden kann, das mit antipolnischen Gesetzen die polnische Nation niedertritt und verfolgt.

Preußen sowie Herr Graf Praschma als auch die Zentrumsleute müssen sich damit zufrieden geben, daß

die unfreien Polen dem preußischen Staate gegenüber ihre Pflichten erfüllen und die Staatsgesetze beachten. Mehr kann Preußen von uns Polen nicht verlangen.

Wir wissen, daß das Zentrum, das allmählich wiederum Regierungspartei wird, uns Polen zusetzen kann; wir wissen das sehr gut, aber wir wollen lieber weiter — noch mehr leiden, doch nie und nimmermehr werden wir Verräter an unserem heiligen märtyrerhaften Vaterland werden.

Und möge Herr Graf Praschma auch wissen, daß es der Gipfel der Taktlosigkeit und eine überaus häßliche Sache ist, ins polnische Land zu kommen und mit derartigen Worten, wie sie der Herr Graf ausgesprochen hat, die unglückliche polnische Nation zu verspotten, die schon so genug unglücklich ist.

Das ist nicht katholisch, Herr Graf Praschma! Vielleicht ist es kreuzritterlich, aber keinesfalls katholisch.

Aus Nr. 269 der Gazeta Torunska (Thorn) vom 23. November 1910:

Landwirtschaftliche Vereine und Politik.

Das Gericht zweiter Instanz in Löbau hat entschieden, daß landwirtschaftliche Vereine politisch sind.

Im Mai d. J. hat Herr Propst Majka für seine Parochie in Samplau bei Löbau einen landwirtschaftlichen Verein gegründet. Mitte Juni d. J. hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage erhoben wegen Übertretung der Vorschriften des Vereinsgesetzes von 1908, und zwar deshalb, weil er nicht in zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzungen und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht hat. Das Urteil erster Instanz ist für den Angeklagten günstig ausgefallen, weil das Gericht nicht zu der Überzeugung kommen konnte, daß die Tätigkeit des Samplauer landwirtschaftlichen Vereins politisch sein könnte.

Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt, indem er nachwies, daß der Samplauer Verein zum Verband der landwirtschaftlichen Vereine Westpreußens, also einer „notorisch politischen" Organisation angehört.

Als **Sachverständiger** trat **Polizeikommissar Weigt** aus **Thorn** auf, der eine Reihe von Versammlungen überwacht hat.

Die schwersten Vorwürfe, welche aus den Berichten des Kommissars Weigt hervorgingen, waren: die Aufforderung (in der Diskussion) zur Liebe zum vaterländischen Grund und Boden, zum Festhalten an dem vaterländischen Grund und Boden mit allen Kräften, zum Frieden, damit sich die preußischen Gerichte durch unsere Prozeßsucht nicht bereichern, ferner die Empfehlung polnischer Volksbanken und besonders der „Rolnik's", sowie die Erwähnung der Enteignung und ihr Einfluß auf den Preis des Grundes und Bodens.

Der Verteidiger, Herr Laszewski, wies bei der Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Weigt auf die Haltlosigkeit seiner Aussagen hin, die fast ausschließlich nicht Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereine, sondern öffentliche Versammlungen betrafen, wie z. B. des landwirtschaftlichen ökonomischen Vereins, die mit den landwirtschaftlichen Vereinen absolut nichts zu tun haben.

Der Patron der Genossenschaften, Dr. Janta v. Polczynski, sagte fest, daß der vor drei Jahren gegründete Verband der landwirtschaftlichen Vereine es sich zur Aufgabe gestellt hat, die landwirtschaftlichen Vereine ausschließlich auf die landwirtschaftliche Aufklärungsarbeit hinzulenken.

Zweiter **Sachverständiger** war der **Polizeisekretär Wietusch aus Posen**, der eine Menge Ausschnitte aus polnischen Zeitungen vorlegte.

Das Gericht verurteilte den Pfarrer Majka zu 10 ℳ Geldstrafe und die Gerichtskosten. Als Begründung des Urteils führte es an, daß die landwirtschaftlichen Vereine in enger Verbindung mit anderen polnischen Organisationen und insbesondere mit den „Rolniks" stehen; dadurch seien sie der Teil einer großen Organisation, deren Zweck ist: neben wirtschaftlicher und kultureller Absonderung der Polen von den Deutschen die Förderung der allpolnischen Idee.

Aus Nr. 143 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 28. November 1910:

Der **Abgeordnete Kulerski** hat im Oktober eine 34 Morgen große Wirtschaft in Tuszewo bei Graudenz für 44 000 Mark aus deutschen Händen erworben. Besitzer des Grundstücks war bisher Herr Wilhelm Gripentrog. Dieses Grundstück war über 30 Jahre im Besitz seiner Familie. Die Auflassung ist am 15. Oktober erfolgt.

Abgeordneter Kulerski wird auf dem erworbenen Grundstück eine neue Fabrik, Druckereiwerkstätten und eine neue Verlagsanstalt errichten. Die Druckereiwerkstätte in der Stadt und die ganze Anstalt sind zu klein, zu eng und unzulänglich. In der neuen Druckereiwerkstätte werden einige neue Maschinen aufgestellt und der Verlag der Gazeta Grudziądzka wird bedeutend vergrößert werden.

Aus Nr. 270 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 27. November 1910:

Byslaw, den 23. November 1910.

Trotz der ständig empfangenen empfindlichen Schläge haben wir noch nicht gelernt, uns selbst zu achten und unsere eigene Würde zu verteidigen. Und fast täglich ereignen sich Fälle, bei deren Erwähnung jedem wackeren Polen die Schamröte ins Gesicht steigt. Und durch eine derartige Mißachtung der eigenen Würde sündigen alle Stände ohne Ausnahme.

Häufig erwähnen wir mit Stolz, wie wacker unser sich erst bildender Mittelstand ist, aber auch das trügt in äußerst zahlreichen Fällen.

In unserm bescheidenen Byslaw existiert für gewisse Leute noch nicht das Polentum und die Pflichten ihm gegenüber sind unbekannt.

Denn wie kann man es sich erklären, daß wir in einem so wichtigen Augenblick des Lebens, wie es die Trauung ist, nur die deutsche Sprache anerkennen? Wie kann man es entschuldigen, wenn die Tochter einer guten polnischen Mutter, die übrigens garnicht deutsch versteht, sich in dieser Sprache trauen läßt, wie dies unlängst hier der Fall gewesen ist?

Und zu diesen Hochzeitsgästen mußte nachher der polnische Priester vom Altar aus eine deutsche Ansprache richten. Und machen wir uns noch das klar, daß die Eingeladenen mit Ausnahme eines einzigen Deutschen nur Polen waren!

Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn unter den Eingeladenen ein Murmeln der Unzufriedenheit und der Entrüstung über die deutsche Ansprache laut wurde. Man kann manchmal verstehen, daß ein polnischer Beamter oder ein ausschließlich von deutschen

Abnehmern abhängiger Mann nicht versteht, sich so mutig nach außen hin zum Polentum zu bekennen, wie dies die Pflicht und die nationale Würde verlangen. Man kann dies verstehen, aber man darf es nicht entschuldigen; geradezu verdammen muß man es aber, wenn ein unabhängiger und vor allen Dingen vermögender Mann solche Übertretungen zu schulden kommen läßt.

Und vielleicht kann mich jemand darüber aufklären, weshalb man zum Hochzeitstanze zu einem Fremden gehen muß. Wir haben hier doch einen Polen in der Person des in jeder Hinsicht einer Unterstützung würdigen Herrn Hardte? Ich bin, ich gestehe es offen ein, zu beschränkt, um mir die Gründe für eine derartige Mißachtung der nationalen Pflichten denken zu können.

Wird denn wirklich niemals eine Besserung eintreten? Werdet ihr euch stets demütig zu der Hand herabbeugen, die euch ständige Streiche versetzt? Ändert euer Verhalten, es ist die höchste Zeit.

Ein Betrübter.

Aus Nr. 95 des Mazur (Ortelsburg) vom 27. November 1910:

Die **wenigsten Selbstmorde** kommen unter dem **polnischen Volke** vor. Das ist von dem deutschen Arzt Dr. Gaupp in München festgestellt worden. Die **meisten Selbstmorde** kommen dagegen unter den **Deutschen** vor. In Preußen kommen die meisten Selbstmorde in Schleswig-Holstein und die wenigsten im Posenschen vor, wo die polnische Bevölkerung überwiegt. Die meisten Selbstmorde werden von Männern verübt. Unter Eheleuten kommen Selbstmorde seltener vor als unter ledigen Personen. Die Ursache der Selbstmorde ist meistens Trunksucht.

Welche Lehre entsteht daraus für das polnische Volk?

Hütet Euch vor der Trunksucht und vor dem Deutschtum!

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen) vom 26. November 1910:

Aus Schlesien.

(Hakatistische Intrige. — Agitation des Zentrums. — Landtagswahlen. — Stadtverordnetenwahlen.)

Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms II. in Schlesien wird diesmal 5 Tage dauern. Am Donnerstag traf der Kaiser in Neudeck beim Fürsten Henckel von Donnersmarck ein, wo Freitag eine große Jagd stattfindet. Am Sonnabend wird der Kaiser auf eine halbe Stunde in Beuthen eintreffen, wo er der Enthüllung des Denkmals Friedrichs II. beiwohnen wird. Hierauf begibt er sich sofort nach Ratibor-Hammer-Ratibor, wo ihn der Herzog von Ratibor erwartet, um den Gast nach seinem Schloß in Rauden zu geleiten. Anläßlich der Anwesenheit des Kaisers wurden die schärfsten Vorschriften angeblich zum Schutze der Person des Monarchen erlassen. In den weitesten Kreisen hält man diese Vorschrift für unnötig, und zwar Vorschriften wie die: daß man am Sonnabend bei sich fremde Personen nicht empfangen dürfe, daß die Straßen einige Stunden vor und nach der Ankunft des Kaisers für jeden Verkehr geschlossen sind, nicht einmal die Bürger ihre Häuser verlassen dürfen, daß man ferner zum Fenster, vom Balkon usw. nicht hinaussehen, nicht auf den Dächern stehen dürfe usw. Im Hintergrunde dieser Verordnungen steckt eine hakatistische Intrige, welche die ruhige Bevölkerung als gefährlich hinstellt, obgleich keine Beweise hierfür vorhanden sind, denn der Kaiser weilte in dem polnischen Schlesien schon sehr oft, und es hat sich durchaus nichts ereignet, was Anlaß zu Besorgnissen um die Sicherheit des Monarchen bieten könnte.

Wer vermutet hat, das Zentrum werde nach der Niederlage bei den Reichstagswahlen einsehen, daß sich das polnische Volk von ihm abgewandt hat und in das Lager der polnischen Fraktion übergegangen ist, hat sich geirrt. Infolge der bevorstehenden Wahlen, entfalten die Zentrumsleute eine sehr rege Tätigkeit. Bald werden sie einen polnischen Parteisekretär für das polnische Oberschlesien haben. In allen Kreisen halten sie Organisations- und Agitationsversammlungen ab, und bemühen sich, politische Vereine auf dem Boden des Zentrumsprogrammes in jeder Parochie einzuführen. Zentrumsfreundliche Pfarrer, die obwohl sie polnischer Herkunft, aber germanisiert und deshalb deutscher Gesinnung sind, spielen in dieser Frage die wichtigste Rolle, denn vermöge ihres Einflusses gründen sie politische Zentrumsvereine nicht nur in den Städten und Städchen, sondern namentlich auch auf dem Lande, wo es außerhalb des Industriebezirks keine Intelligenz gibt, auf die sich eine politische polnische Organisation stützen könnte.

Es scheint, daß es bei der Schaffung dieser Organisation nicht sein Bewenden haben wird, sondern daß bis zur Wahl auch polnisch geschriebene Zeitungen entstehen werden. In Anbetracht dessen wartet des vereinigten polnischen Lagers eine schwere Arbeit, um so mehr als die deutschen Hakatistischen Parteien unter den deutschen Katholiken in einem der polnischen Bewegung sehr feindlichen Geiste agitieren. Ein gewisser Teil der Zentrumsleute wird gegen die Mahnungen hakatistischer Agitatoren, namentlich der beiden Pfarrer Rassek und Feja, die sich ausdrücklich als Zentrumsleute bezeichnen, nicht taub bleiben, sondern den Polen immer feindlicher gesinnt sein. Das zeigt sich schon und zeigte sich zum Teil auch früher, denn manche Zentrumsführer bekannten ausdrücklich, sie hätten ihre Anhänger nicht so in der Hand, daß sie auf ihre Disziplin jederzeit rechnen könnten. Es ist eine Frage, ob die Zentrumsleute das Kompromiß so loyal halten würden, wie es die Polen bei den Landtagswahlen halten. Der Zentrumsabgeordnete aus dem Landtagswahlkreis Kosel-Leobschütz Dr. Hager ist gestorben. Das polnische Provinzialkomitee hat, als es von den Wahlen und dem neuen Zentrumskandidaten Rechtsanwalt Bitta in Breslau benachrichtigt worden ist, seine Zustimmung zu dieser Kandidatur erteilt. Der Zentrumsabgeordnete des Wahlkreises Gleiwitz Großgrundbesitzer Dr. Heisig aus Gleiwitz ist gestorben. Im Wahlkreise Gleiwitz siegte bei der letzten Reichstagswahl der Kandidat der polnischen Fraktion Pfarrer Jankowski aus Großkotorz.

Ein desto größeres Interesse haben die Zentrumsleute daran, daß das Kompromiß von polnischer Seite gehalten würde. Aber gerade in diesem Wahlkreise versuchen sie wohl am meisten, unter dem polnischen Volke zu agitieren, und sie organisieren es; bei der Stadtverordnetenwahl in Gleiwitz aber kam es zum offenen Kampfe, aus welchem der polnische Kandidat Rechtsanwalt Wolny, der erste polnische Stadtverordnete der Stadt Gleiwitz siegreich hervorgegangen ist.

Im Wahlkreise Ratibor wurde auf Grund des Kompromisses in den Landtag der polnische Kandidat, Wirt Ludwig Raczek, gewählt. Das Kompromiß zwischen Polen und Zentrum bekommt auch dort Risse, denn gegenwärtig nehmen fünf polnische Kandidaten sowohl in der dritten, als auch in der zweiten Abteilung bei den Stadtverordnetenwahlen in Ratibor mit den Zentrumskandidaten den Kampf auf. Unter

den polnischen Kandidaten befindet sich der Abgeordnete Raczek.

Angesichts dieser sich so gestaltenden Verhältnisse muß die tatkräftigste Agitation in Angriff genommen werden. In jedem Dorfe ein politischer Verein ist das politische Ideal. Bis dahin ist es noch weit, weil es an unabhängigen zu Leitern geeigneten Männern fehlt. Es mangelt an ihnen auf jedem Gebiete, besonders auf dem kulturellen und Aufklärungsgebiete. Darum hat jeder intelligente Mann sozusagen die heilige Pflicht, an der Nationalisierung unseres polnischen Schlesien mitzuarbeiten.

Hierzu schreibt der Kurjer Slonski in Nr. 274 vom 29. November 1910:

Die Bemerkungen des Dziennik Poznanski sind richtig, die oberschlesischen Zentrumsleute bereiten sich auf einen heftigen Kampf mit den Polen vor und wollen die Reichstagsmandate wiedergewinnen. Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß bis zu den nächsten Landtagswahlen wahrscheinlich die Reform des Landtagswahlrechts erledigt sein wird, die in jedem Falle uns Polen ebenfalls Vorteile bringen muß. Es wird sich also auch die politische Lage bei den nächsten Landtagswahlen ändern, wir werden in den Wahlkampf wahrscheinlich mit eigenen Kräften treten und nach polnischen Mandaten die Hand ausstrecken. Das alles sehen die Zentrumsleute voraus und arbeiten darum so fieberhaft. Der Dziennik Poznanski hat unseres Erachtens auf die Folgen der Zentrumsarbeit in nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung zu wenig aufmerksam gemacht, denn es handelt sich hier nicht nur um die Mandate, sondern um unsere nationale Existenz. Die deutsche Zentrumspresse ist dank der in ihren Mitteln nicht wählerischen Agitation der Zentrumsgeistlichen, Organisten, Kirchendiener, Lehrer und Beamten in letzter Zeit zu einem noch nicht dagewesenen Umfang angewachsen, und Leser findet sie leider überwiegend unter dem polnischen Volke, das sich systematisch verdeutscht. Die Zentrumsleute bekämpfen heftig die polnische Arbeiterorganisation, die polnische Berufsvereinigung, und fördern statt dessen die Berliner und christlichen Vereine, in denen sich das Volk ebenfalls verdeutscht, von der schädlichen Tätigkeit des Berliner Verbandes in sozial-politischer Hinsicht schon garnicht zu reden. Unsere Aufklärungspolitik schreitet langsam und schwer vor teils auch infolge der Saumseligkeit und Verschlafenheit der zur Arbeit berufenen Individuen.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen wartet des vereinigten polnischen Lagers allerdings eine schwere Arbeit und ein schwerer Kampf. Wir müssen möglichst bald eine tüchtige Organisation schaffen, die sich der Arbeit unterzöge und die zerstreuten lose gehenden Individuen zur Arbeit zusammenschlösse. Wir haben die Hoffnung, daß sich diese Absichten bei dem guten Willen aller Berufenen bald verwirklichen lassen werden, und unsere Sache wird auf kräftigen und starken Füßen stehen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 1. Dezember 1910:

Von unseren Abgeordneten in Goslawitz-Kolonie gehaltene Reden.

Pfarrer Brandys erstattete den Bericht über die Tätigkeit der polnischen Fraktion in der letzten Session und hob hervor, die polnische Fraktion könne nicht alle Wünsche der polnischen Bevölkerung im Reichstage durchführen, weil dazu ihr parlamentarischer Einfluß mit Rücksicht auf die kleine Zahl der Fraktionsmitglieder nicht ausreiche. Aber wo sich eine Gelegenheit biete, überall dort bemühe sich die polnische Fraktion, neue Regierungsvorlagen nach Möglichkeit zum Vorteil der polnischen Bevölkerung umzuändern und zu verbessern. Die polnische Bevölkerung müsse sich indes auch selbst verteidigen, sich durch Ausbreitung der Aufklärung, durch Zeitungslektüre, durch die Entwickelung der eigenen Kultur, durch Sparsamkeit usw. emporzuschwingen suchen. Die polnische Fraktion verteidige nicht bloß die nationalen und sozialen Rechte des polnischen Volkes, sondern vor allem auch die Rechte der katholischen Kirche, denn unser Volk sei der Kirche treu und wolle ihr stets treu bleiben. Einspruch erheben müßten die Polen auch gegen die Verdächtigungen und Vorwürfe, die die Hakatisten fortwährend erhöben: daß sie Feinde des Staats seien und eine Lostrennung vom Königreich Preußen erstrebten. Sie forderten nur, daß man sie, die ebenso Steuern zahlten wie die Deutschen, der Militärpflicht genügten, alle ihnen auferlegten Pflichten erfüllten, als gleichberechtigte Bürger betrachte und sie danach in jeder Beziehung behandele, vor allem aber gegen sie keine durch nichts verdiente Ausnahmegesetze richte.

Redner schloß seine Ausführungen mit einem Protest gegen die dem heiligen Vater zugefügten Schmähungen des jüdischen und freimaurerischen Bürgermeisters in Rom. Das versammelte Volk brachte auf den heiligen Vater ein donnerndes Hoch aus.

Alsdann sprach der Abgeordnete Pfarrer Kapitza. Im Anfang seiner Rede wies er auf den Frieden hin, der sich im polnischen Lager in den letzten Wochen vollzogen hat, auf die Verständigung zwischen dem Katolik und Polak, zwischen Napieralski und Korfanty. „Ob dieser Versöhnung trauern die Hakatisten. Ich verstehe dies. Diese Versöhnung ist im Namen der polnischen Sache erfolgt, um die zersplitterten Kräfte zur positiven Arbeit an dem oberschlesischen Volke zu sammeln und zu vereinen. Darüber kann sich jeder Pole freuen. Aber wir sind nicht bloß Polen, wir sind auch Katholiken, und darum müssen wir wünschen, daß schließlich in Oberschlesien auch zwischen den polnischen und deutschen Katholiken, zwischen der Polen- und Zentrumspartei eine Verständigung eintritt. Diese Verständigung ist höchst erwünscht.

Man kann mir einwenden, daß sich unter den Zentrumsanhängern Leute von hakatistischer, dem polnischen Volke feindlicher Gesinnung befinden. Ich leugne dies nicht. Aber ich mache einen Unterschied zwischen den Zentrumsleuten und deutschen Katholiken. Nicht jeder Deutschkatholik gehört dem Zentrum an. Außerdem mache ich einen Unterschied zwischen der Zentrumspartei mit ihrem Programm und Zentrumspartei im Lande, die Leute verschiedener Gesinnung und verschiedener politischer Schattierungen umfaßt. Das Zentrumsprogramm ist ein Programm der Gerechtigkeit, und dieses Programm hat die Zentrumspartei als solche dem polnischen Volke gegenüber niemals verlassen. Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir dies hervorheben und daran denken. Wir suchen Gerechtigkeit und berufen uns auf sie, deshalb müssen wir selbst auch gegen die anderen gerecht sein. Dies wird unserer nationalen Würde keinen Abbruch tun.

Anders urteilen muß man über einzelne Personen, die sich zwar zur Zentrumspartei zählen, aber nur äußerlich, weil sie sich den Polen gegenüber von den Grundsätzen des Zentrums nicht leiten lassen. Wir haben viele solche Leute, die sich Katholiken nennen, aber nach den Glaubensvorschriften nicht leben. Für

die Handlungsweise solcher äußerlichen Katholiken kann man die katholische Kirche nicht verantwortlich machen.

Ich bin der Ansicht und hebe dies noch einmal mit Nachdruck hervor, daß eine Versöhnung der Katholiken der katholischen Sache zum Vorteil gereichen wird. Die nationale Sache wird darunter nicht leiden. Eine solche Verständigung kann nur unter Bedingungen erfolgen, die der Würde und Ehre beider Parteien entsprechen.

Wovon hängt denn nun die Zukunft des polnischen Volkes ab? Von der Erfüllung des Wunsches, den vor mir mein Kollege Pfarrer Brandys geäußert hat, von der Entwicklung der wahren Kultur. Was ist denn diese Kultur? Alle reden von ihr, aber nur selten vermag jemand diese Frage zu beantworten. Den ersten Antrieb zur Kultur gab Gott selbst im Paradiese. Denn Kultur ist ja doch die Herrschaft des menschlichen Geistes über die Natur, die auf den Befehl Gottes übertragene Herrschaft. Also die Herrschaft des menschlichen Geistes über die Erde, die Mineralien, Kohle, Eisen, Gold, über die Luft, über Feuer und Wasser, über Pflanzen und Tiere. Das ist die materielle oder technische Kultur. Ihr Ergebnis, ihre Güter sind die verschiedenen Erfindungen und Entdeckungen: Maschinen, Fabriken, Industrie, Eisenbahnen, das Telephon usw.

Der Mensch soll herrschen nicht nur über die ihn umgebende Natur, sondern auch über seine eigene Natur, über Körper und Seele, er soll seine physischen Kräfte, seine Fähigkeiten vervollkommnen, erhöhen, veredeln. Dies ist die ideale Kultur, die Pflege, das Suchen der Wahrheit, des Wissens, die Pflege des Schönen, die Pflege des Guten, der Sittlichkeit und des Rechts. Das Ergebnis dieser Kultur, die Güter der idealen Kultur sind Wissen, Aufklärung, Schulen, Bücher, Büchereien, sind die schönen Künste, die Malerei, die Bildhauerkunst, die Dichtung, das Lied und die Musik, Schliff und Höflichkeit, die Herrschaft über die Sinnlichkeit, die Zucht des Körpers, die Sittlichkeit, das sittliche Verhältnis des Menschen zu seiner Umgebung, das Rechtsverhältnis in der Gesellschaft, Gerechtigkeit im Staate.

Nicht genug damit. Diese materielle und ideale, aber stets zeitliche und natürliche Kultur müssen wir zu einer übernatürlichen Höhe erheben, veredeln und heiligen, zu Gott und zur Ewigkeit erheben. Die Religion ist der Gipfel der Kultur, der Gipfel der geistigen Vervollkommnung. Die materielle Kultur ohne sittliche und religiöse Kultur wird bald niedergehen, wird Verweichlichung, Ausschweifung, Lockerung der Ehe, Verderbtheit und Entsittlichung im gesellschaftlichen, erwerblichen und politischen Leben verbreiten. Wenn die Sinnlichkeit und Natur die Herrschaft über den Geist verlangt, ist das Ende der Kultur da.

Der Kampf zwischen der polnischen und deutschen Nationalität ist ein Kulturkampf, ist ein Ringen des Geistes, ein Ringen des deutschen Geistes mit dem polnischen Geist. Siegen, herrschen wird diejenige Nation, die einen stärkeren Geist und eine höhere Kultur hat. Darum muß das polnische Volk sich bilden, lernen, Fortschritte machen, es muß vor allem eine sittliche Kultur erstreben, damit Ausschweifung, Trunksucht, Entsittlichung seinen Geist nicht schwäche, denn wo der Geist der Sinnlichkeit unterliegt, dort verschwinden die Ideale, dort verschwindet das Gefühl der Ehre und Verantwortlichkeit.

Das Los der polnischen Nation hängt auch von der Entwickelung der Kultur in der deutschen Nation ab, namentlich von der Verbreitung der Kultur auf dem Gebiete des Rechts. Der Hakatismus, wie jeder nationale Radikalismus stützt die Rechtsbegriffe nicht auf christliche Grundsätze, nicht auf Grundsätze der Gleichberechtigung, nicht auf das natürliche und göttliche Recht, das alle Nationen umfaßt, er verbindet es nicht mit den Grundsätzen der Sittlichkeit, die alle Nationen verpflichtet, sondern er stützt Recht und Gesetz auf Kraft, Übermacht und Gewalt oder auf nationale Eigenliebe, auf den Gewinn und das Interesse seiner Nation oder des Staats. Wer solche Rechtsbegriffe hat, wird anderen Nationen niemals Gerechtigkeit widerfahren lassen, der hat den Standpunkt der wahren Kultur verlassen.

Erwarten wir also von der eigenen Kultur Kraft, von der deutschen Kultur aber Gerechtigkeit, mehr verlangen wir nicht.

Aus Nr. 271 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 25. November 1910:

Der Kurjer Poznanski,

der im ersten Augenblick nach der im polnischen Lager vollzogenen Versöhnung den Abgeordneten Korfanty zum Tode verurteilte, wobei er bemerkte, daß dieser in seinen Augen niemals viel bedeutet habe, kann sich infolge der Versöhnung der Führer des polnischen Volkes in Schlesien noch nicht beruhigen. Er schmäht also Herrn Korfanty, schmäht die Vertreter des Volkes, die sich in der Versammlung der Vertrauensmänner gegen den Kurjer Poznanski und für die Herren Korfanty und Napieralski erklärt hatten.

Die Rede des Abgeordneten Napieralski in dieser Versammlung bewog den Posener Propheten dazu, einen riesenlangen Artikel zu schreiben. Gegen die grundlegenden gemeinsamen Anschauungen unserer beiden Abgeordneten, auf denen sie das Gebäude des Friedens aufgebaut, vermag der Kurjer Poznanski nichts zu sagen. Aber weil die Gabe des hellsehenden Propheten seine Neugier nicht befriedigt, will er noch Einzelheiten erfahren haben, die die Herren Napieralski und Korfanty unter sich besprachen. Der Kur. Pozn. darf es uns nicht übelnehmen, wenn wir ihm diese Einzelheiten nicht verraten; denn dies könnte der Sache des polnischen Volkes schaden, und diese ist doch wohl höher zu schätzen, als die Befriedigung der Neugier des Kur. Pozn. Hinsichtlich unseres Verhältnisses zum Zentrum möge der Kurjer Poznanski beruhigt sein. Unsere beiden Abgeordneten werden die Germanisierungsgelüste der Zentrumsleute stets bekämpfen, und ihre Politik wird so sein, wie es das Wohl des polnischen Volkes verlangt, sie wird ausschließlich nur von Rücksichten auf das Wohl unseres Volkes diktiert sein.

Was unseren Standpunkt hinsichtlich der Germanisierungstätigkeit der Geistlichen anbetrifft, so wird er wie bisher polnisch sein, was auch Herr Napieralski in seiner Rede ausdrücklich betont, indem er dies sehr deutlich folgendermaßen auseinandersetzt: „Mit dem Zentrum, welches den Polen gibt, was ihnen gebührt, wollen wir in Frieden leben . . , mit dem hakatistischen Zentrum werden wir kämpfen." D. h., das neue verhöhnte polnische Lager wird unter keiner Bedingung zulassen, daß die Zentrumsleute polnische Seelen für sich unter dem polnischen Volke angeln werden. Wir gestehen offen, daß der Kur. Pozn., der sich selbst durch eine so hohe politische Intelligenz hervortut, unser Verhältnis zum Zentrum besser beurteilen und uns Ratschläge und Weisungen für unser Vorgehen erteilen könnte, aber unser langjähriger Kampf mit dem Zentrum bei der Verteidigung des Polentums in Schlesien hat uns entschieden mehr Erfahrung und politische Praxis in dem Verhältnis zum Zentrum gebracht, als der Kur. Pozn. darüber verfügt.

Gegen die Bedingungen der Versöhnung zwischen Napieralski und Korfanty kann der Kurj. Pozn. nichts

vorbringen, aber aus der Theorie greift er in die Praxis über und fragt, was geschehen würde, wenn z. B. wiederum eine Finanzreform käme und wenn Korfanty dagegen, Napieralski aber dafür wäre. Wir können dem Kur. Pozn. verraten, daß etwas nicht eintreten würde, nämlich daß unsere Abgeordneten ihren Standpunkt in einer so wichtigen Angelegenheit nicht so oft ändern würden, wie dies ein dem Posener Propheten sehr wohl bekanntes Blatt getan hat, das zuerst die Finanzreform gepriesen hat, um dann plötzlich seine Haltung zu ändern, wobei es sich mit dem papierenen Schild deckte, daß die seiner Partei angehörigen Abgeordneten nicht genug Intelligenz besessen hätten, um die Grenze zu überschreiten, die dieses Blatt gezogen hatte ... aber erst nach den schon gefaßten Beschlüssen, was natürlich auch ein Beweis für seinen politischen Verstand ist. Der Kurj. Pozn. möge übrigens beruhigt sein, Herr Napieralski hat in der Versammlung der Vertrauensmänner erklärt, er sei ein Gegner von Steuern auf Lebensmittel, und unsere Zeitungen werden die öffentliche Meinung ebenfalls nach dieser Richtung hin gestalten.

Auf des Kur. Pozn. Angriffe persönlicher Natur zu antworten, daran denken wir nicht, denn hierzu ist es nur schade um die Zeit. Was die Sittlichkeit in der Politik anbetrifft, so stimmen wir darin mit dem Kur. Pozn. vollkommen überein. Wo es sich um die Ethik handelt, dort kennen wir keine Kompromisse; im Interesse der politischen Ethik sind wir sogar bereit, uns dem Verluste von Abonnenten auszusetzen, und wir würden, um nur die Sympathie der Gegner für unsere Blätter zu gewinnen, zu Abgeordnetenkandidaten niemals Männer vorschieben, die grundsätzlich andere Überzeugungen haben wie wir. Von uns werden unsere Gegner niemals sagen: Wir brauchen weder zu arbeiten, noch zu agitieren, denn für uns arbeiten diejenigen, die als unsere Gegner gelten.

Wir befassen uns nicht mit Prophezeiungen, denn Gott war nicht so gnädig, uns mit der Gabe der Hellseherei auszustatten, wie den Kur. Pozn. Aber das eine prophezeien wir: Unsere Versöhnung wird der polnischen und völkischen Sache in Schlesien zum Vorteil gereichen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 141 des Narodowiec (Herne) vom 24. November 1910:

Der deutsche Katholizismus.

Wir haben unzweifelhaft unter den deutschen Katholiken noch viele solcher, die neben den nationaldeutschen Empfindungen die heiligen Grundlehren der katholischen Kirche zu achten verstehen und es auch verstehen, andern Nationen gegenüber gerecht zu sein. Indessen besonders in den letzten Jahren hat sich ganz ungeheuerlich die Zahl jener vermehrt, die nur dem Namen nach Katholiken sind. Diese letzteren nennen sich gern auf Schritt und Tritt Katholiken, gehen in die Kirche und halten mehr oder weniger aus Angewohnheit den Anschein eines katholischen Lebenswandels aufrecht, aber im Grunde genommen ist der Faden, der sie mit Rom verbindet, entweder gerissen oder nur sehr schwach.

Die Ursache dieses Zustandes ist vor allen Dingen der in der deutschen Nation in bisher noch nicht dagewesenem Maße üppig in die Höhe geschossene nationale Egoismus, dann der Einfluß des mächtigen Protestantismus auf die deutsch-katholischen Kreise und der Einfluß der in dieser Hinsicht äußerst vorsichtigen staatlichen Politik.

In den deutschkatholischen Kreisen hat sich am stärksten die sogenannte modernistische Bewegung bemerkbar gemacht, die angeblich wissenschaftliche Zwecke verfolgt, in Wirklichkeit aber darnach strebt, den Katholizismus zum Verfall zu bringen und den Glauben in dem zu schwächen, was die Kirche lehrt. An der Spitze dieser Bewegung stand der damalige Assessor und jetzige Rechtsanwalt Hompel aus Münster. Dieser Herr zählt sich augenblicklich zu dem Komitee, das den Protestanten Förster eingeladen hat, mit Hilfe von Vorträgen den Katholiken die Erziehung der Kinder und Jünglinge beizubringen. Dieser Herr Hompel hatte und hat noch viele Freunde unter den hervorragenden Zentrumspolitikern.

In Polen haben wir bekanntlich schon längst sogenannte „Staatskatholiken", im Westen Deutschlands haben wir wieder die ganze Macht der liberalen Katholiken. Der Liberalismus verbreitet sich unter den deutschen Katholiken immer mehr. Im Westen Deutschlands haben wir christliche Berufsverbände, welche die Katholiken und Protestanten organisieren und in welchen der Katholizismus nicht einmal erwähnt werden darf, um die Handvoll von Protestanten nicht zu beleidigen.

Herr Kardinal Fischer, ein großer Gönner dieser simultanen Verbände, hat häufig in seinen Ansprachen an Katholiken öffentlich zur Eintracht mit den Protestanten aufgefordert. Ganz besonders hat dies Herr Kardinal Fischer auf dem deutschen Katholikentag in Essen betont. Und doch können die deutschen Katholiken an einen Kampf gegen den Protestantismus nicht denken; der Protestantismus hat doch den Kulturkampf begonnen und hält noch heute Ausnahmevorschriften gegen die Katholiken aufrecht. Deshalb gefielen auch die Ermahnungen eines deutschen Fürsten der katholischen Kirche in hohem Maße der Regierung, dem deutschen Kaiser und den Nationalliberalen, aber auf sehr viele Katholiken machten sie mindestens einen sehr merkwürdigen Eindruck. Die alldeutsche protestantische „Rheinisch-Westfälische Zeitung" konnte den Kardinal Fischer nicht genug loben, und sie spricht bis zum heutigen Tage von ihm wie von ihrem politischen Freunde.

Ein Zentrumsführer, Herr Bachem aus Köln, ruft zu den Zentrumsleuten: Treten wir aus dem katholischen Turme heraus und werden wir einzig zu einer christlichen politischen Partei; manche deutsche katholische Priester sind ständige Mitarbeiter an nationalliberalen Zeitungen, Zentrumsleute unterstützen teilweise die antipolnische Politik, sie schließen mit den Liberalen sogar Bündnisse gegen die Katholiken „aus nationalen Rücksichten", mit einem Worte, der deutsche Katholizismus wird in hohem Maße immer mehr zu einem staatlichen, einem liberalen, er löst sich immer mehr von Rom los und verbindet sich immer stärker mit Berlin.

Das, was geschieht, ist der Aufmerksamkeit des Vatikans nicht entgangen. Der heilige Vater hat eine Enzyklika gegen den Modernismus erlassen, er hat die Borromäusenzyklika erlassen, und er hat neuerdings den Kardinal Fischer nach Rom befohlen.

Die deutschen liberalen Zeitungen berichten, daß Kardinal Fischer als Sieger aus Rom zurückkehrt, und daß es ihm gelungen ist, die Befürchtungen des Vatikans zu zerstreuen. Wir wissen nicht, was hieran wahr ist. Aber wir halten es für sicher, daß auch die preußisch-deutsche Regierung alle Mittel angewandt hat, damit die Entwicklung des deutschen Katholizismus in liberaler Richtung nicht durch energische Schritte des Vatikans aufgehalten wird. Besonders die Rede des deutschen Kaisers, die dieser bei der Besichtigung des Benediktiner

klosters während seines Besuches bei dem Fürsten Fürstenberg in Donaueschingen hielt, war sicher auf den Eindruck berechnet, den sie im Vatikan machen sollte. Der Kaiser hat seinerzeit dem Kloster ein wertvolles Geschenk gemacht, und in seiner Rede pries er die Bedeutung der Religion für die Nation, deren Verteidiger er stets zu sein versprach. Diese Rede wurde gehalten, als Kardinal Fischer in Rom weilte, als Rom unter dem Eindruck des Kampfes stand, den man in Portugal gegen die Religion und gegen die Kirche begonnen hatte.

Womit Kardinal Fischer aus Rom zurückkehrt, das wissen wir nicht, aber das weiß jeder Beobachter des deutschen Katholizismus, daß die die uralte Organisation und die Grundsätze des Katholizismus zerstörende liberale Strömung im Schoße des deutschen Katholizismus unter dem Schutze der Regierung und unter dem Einfluß der Protestanten zu hoher Macht gelangt ist, und daß diese Strömung für die katholische Kirche in Deutschland die größte Gefahr bildet.

Aus Nr. 268 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 25. November 1910:

Ein notwendiges Weihnachtsgeschenk.

Unsere Zeitungen wiederholen täglich an hervorragender Stelle: „Lehren wir unsere Kinder polnisch Lesen und Schreiben!“

Notwendig ist diese Aufforderung, die bürgerliche Pflicht zu erfüllen, die auf jedem Polen lastet, welcher wünscht, daß sich die junge Generation nicht entnationalisiert, sondern treu bleibt der Standarte und den Idealen der Väter.

Aber die Aufforderung und die Erinnerung an die Pflicht allein genügt nicht, man muß den Eltern und Vormündern der Kinder die Erfüllung dieser Pflicht erleichtern, man muß ihnen Muster für den polnischen Lese- und Schreibunterricht liefern.

Musterbücher für den Unterricht im Lesen existieren bei uns in genügender Menge in Form von Fibeln, die bei uns in großer Zahl verbreitet werden.

Musterbücher für den Schreibunterricht gibt es bei uns nicht. Es sind in den Fibeln Muster geschriebener Buchstaben enthalten, aber es sind keine Fingerzeige dafür enthalten, wie man sie schreiben muß.

Diesem Mangel hat der Verein „Oswiata“ in Berlin abgeholfen und zwar durch Herausgabe eines Werkchens, das den Titel „Schule der polnischen Schreibart“ trägt.

Es sind bereits drei Hefte der „Schule“ erschienen, die ein gewisses organisches Ganzes umfassen.

Sie ermöglichen den polnischen Kindern ohne Hilfe der Schule die Anfangsgründe des polnischen Schreibens und Lesens zu erlernen.

Sämtliche drei Hefte sind mit Überschriften versehen, welche Erinnerungen, Empfehlungen, Anschauungen und Sprichwörter moralischen Inhalts enthalten.

Es ist dies die erste Publikation dieser Art im preußischen Anteil.

Infolge des Umstandes, daß der Unterricht in polnischer Sprache aus den staatlichen Schulen verdrängt ist, daß uns nicht einmal gestattet ist, Privatschulen zu unterhalten, in welchen unsere Kinder polnischen Lese- und Schreibunterricht erhalten könnten, sollen die vorerwähnten Hefte eine praktische private Schule für den polnischen Schreib- und Lesenunterricht bilden.

Um die „Schule der polnischen Schreibart“ möglichst zu verbreiten und hierdurch zur Aufklärung der jüngsten polnischen Generation beizutragen, welcher von allen Seiten die Gefahr der Verdeutschung droht, hat der Verein „Oswiata“ einen möglichst niedrigen Preis festgesetzt. Er hat diese Publikation zu idealen Zwecken, nicht des Verdienstes wegen herausgegeben und er rechnet darauf, daß die Volksgesamtheit ihn im eigenen Interesse unterstützen wird. Der Verein „Oswiata“ wird zufrieden sein, wenn er nur die Kosten, welche bedeutend sind, wird decken können.

In diesem Sinne wendet er sich an die hochwürdige Geistlichkeit, an die Eltern, Vormünder und an sämtliche polnischen Vereine im Heimatlande und in der Fremde mit der Bitte, diese Hefte einzuführen, zu empfehlen und zu verkaufen.

Von 100 Stück aufwärts beträgt der Engrospreis 5 Pfennig für das Heft. Der Preis des einzelnen Heftes beträgt 10 Pfennig.

Die Hauptadministration und Expedition unserer „Schule der polnischen Schreibart“ wird sich bei dem Schatzmeister unseres Vereins, Herrn Michael Wrobl, Berlin, Elisabethufer 50, befinden.

Hefte der „Schule der polnischen Schreibart“ sind das herrlichste, praktischste und nützlichste Geschenk für polnische Kinder; sie dürften in keinem polnischen Hause fehlen.

Unsere Vereine, welche Weihnachtsbescherungen für Kinder veranstalten, bitten wir, an dieses Geschenk in erster Reihe zu denken. Diese Bitte richten wir auch an alle polnischen Eltern. Da die „Schule der polnischen Schreibart“ existiert, kann heute niemand mehr zu seiner Entschuldigung anführen, daß ein Lehrbuch fehlt und es ihm daher nicht möglich ist, seine Kinder in der polnischen Muttersprache zu unterrichten.

Der Vorstand des Vereins „Oswiata“ in Berlin.
Franz Krysiak, Vorsitzender. Julian Sokolewski, stellvertretender Vorsitzender. Michael Wrobl, Schatzmeister. Michael Gulcz, Schriftführer. A. Nowak. K. Bronikowski. J. Cyganski. Cyganska. Nowak. Stachowski. J. Matuszewski.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 540 der Nowa Reforma (Krakau) vom 25. November 1910.

Der neue Gnesener Bischof.

Die Erzdiözese Gnesen-Posen setzt sich, wie es der Name selbst sagt, aus zwei selbständigen Erzdiözesen zusammen, von denen jede ihr eigenes Kapitel und ihren eigenen Suffraganbischof hat. Ein derartiger Bischof in der Erzdiözese Posen ist Dr. Likowski, der Gnesener Bischofsstuhl war seit dem Tode des Bischofs Andrzejewicz unbesetzt.

Gestern wurde, wie dies bereits ein Telegramm in unserer heutigen Morgenausgabe brachte, zum Weihbischof dieser Erzdiözese der Domherr Kloske ernannt. Er ist ein Deutscher, stammt aus Schlesien und wurde schon vor mehreren Jahren aus der Breslauer Diözese von der preußischen Regierung auf eine der Gnesener Domherrnstellen berufen. Er gilt zwar als ein braver Deutscher, spricht sogar ziemlich geläufig polnisch, aber er ist ein Deutscher. Zwar wird nicht der erzbischöfliche Stuhl in Posen, jedenfalls aber die Stelle des Weihbischofs in der St. Adalbert-Diözese durch einen Deutschen besetzt.

Es drängt sich nun die Frage auf, welche Bedeutung kann diese Ernennung für die Ernennung des neuen Erzbischofs dieser beiden Erzdiözesen haben, die bis jetzt noch nicht entschieden ist? Bekanntlich galt Herr Kloske auch als Kandidat für diese Stelle, er stand sogar auf der Kandidatenliste, die der Regierung

von den beiden Kapiteln vorgelegt wurde. Ist also seine jetzige Ernennung zum Gnesener Weihbischof nur der erste Schritt zu seiner Erhebung zum Erzbischof oder beschließt sie vollständig die Karriere des Herrn Kloske?

Bekanntlich hat die Regierung in der Person des Domherrn und früheren Militärpfarrers Sander, ebenfalls eines Deutschen, einen anderen Kandidaten, der uns aber viel weniger sympathisch ist als Herr Kloske. Sie wollte diesen Kandidaten in Rom durchaus durchbringen. Wird er jetzt wirklich den Erzbischofshut erhalten? In diesem Falle würden diese ältesten und wichtigsten Erzdiözesen in Polen sogar zwei deutsche Bischöfe erhalten.

Wird sich Rom damit einverstanden erklären? Dies wäre ein harter Schlag für die polnischen Gefühle, den der Vatikan nicht wird wagen wollen. Heute, nach erfolgter Ernennung des Herrn Kloske, kann den erzbischöflichen Stuhl in Posen nur ein Pole einnehmen!

Aus Nr. 314 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 17. November 1910:

Die Ruthenen und die Posener.

Lemberg, den 17. November.

In den deutschen Blättern erscheinen von Zeit zu Zeit Artikel, die die ruthenischen Verhältnisse in Galizien besprechen und daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß den unter preußischer Herrschaft lebenden Polen im Vergleich zu den Ruthenen in Galizien kein Unrecht geschehe, weil deren Lage „unter polnischer Herrschaft“ eine weit schlimmere sei. Es ist dies ein beliebtes Thema der alldeutschen und hakatistischen Blätter. Neuerdings erschien wieder ein Artikel ähnlichen Inhalts in dem deutschen Petersburger Blatte „St. Petersburger Herold“, den wir bereits in einem Telegramm brachten. Wir waren der Ansicht, der Verfasser dieses Artikels habe durch halsbrecherische Sophismen seine Behauptungen unterstützt, indes erfahren wir aus der heute erhaltenen Ausgabe dieses Blattes, daß der Verfasser sich lediglich der abgedroschenen Redewendung bedient: „Es ist allgemein bekannt, daß der Vergleich der Bedrückung der Ruthenen in Galizien mit der deutschen angeblichen Bedrückung der Polen in der Provinz Posen zu der Überzeugung führt, daß es mindestens keinen Unterschied in der Lage der Nationalitäten gibt.“ Kann denn wirklich irgend ein Vergleich zwischen der Lage der Ruthenen in Galizien und der der Polen in der Provinz Posen angestellt werden? — Nein! Es gibt auch nicht einen Punkt, bei dem dieser Vergleich möglich wäre.

Es gibt in Galizien keine Ausnahmegesetze für die Ruthenen; sie erfreuen sich ihrer Nationalrechte voll und ganz; sie haben ihre eigenen Volksschulen, Gymnasien, Universitätsstühle usw. Sie führen jedoch darüber Klage, daß es dieser Schulen zu wenige gibt, daß sie keine eigene ruthenische Universität haben usw. und das nennen sie „Bedrückung“.

Zwischen der Lage der Ruthenen in Galizien und der der Polen in der Provinz Posen besteht der grundsätzliche Unterschied, daß in Galizien das Gesetz das Vorhandensein der ruthenischen Nationalität in vollstem Umfange anerkennt und ihr die Entwickelungsfreiheit der nationalen Kultur, den Gebrauch der Muttersprache in der Schule, bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden, ja sogar im Landtage sichert, während die Regierung in der Provinz Posen unsere Nationalität auf jedem Schritt unterdrückt und ausrottet und ihr überhaupt keine Rechte einräumen will.

In Galizien kämpfen die Ruthenen mit den Polen als Gleiche mit Gleichen. Dagegen in der Provinz Posen erfreuen sich ausschließlich die Deutschen nicht nur aller Rechte, sondern die Regierung geht mit ihnen Hand in Hand. Die Polen dagegen sind aller Rechte beraubt, sie kämpfen denn auch nicht um diese, sondern geradezu um ihr Dasein.

Wenn unter den Ruthenen ein wohlhabender Gutsbesitzer-, ein reicher Bürgerstand, eine zahreiche Intelligenz erstehen würden — Faktoren, an denen es mangelt, die uns aber das Übergewicht verleihen — würde sich der Sieg angesichts ihrer ziffermäßigen Mehrheit in dem östlichen Galizien sofort auf ihre Seite, ohne jegliche rechtliche Veränderungen, neigen. In der Provinz Posen gibt es polnische Besitzer, reiche Stadtbürger und eine Menge Intelligenz, aber dies verschlimmert gerade die Lage unserer dortigen Gesellschaft, denn die Regierung führt gerade deshalb mit ihr einen Kampf auf Tod und Leben, wie dies aus ihrer Taktik zu ersehen ist: den wohlhabenden Gutsbesitzern raubt sie den Grund und Boden, die reichen Stadtbürger gibt sie der Verarmung, die Intelligenz der Aushungerung preis, unsere wirtschaftliche und kulturelle Hebung betrachtet sie aber als ein Verbrechen, fast als Landesverrat.

Den Ruthenen ist alles, was sie haben, zu wenig; sie wollen immer neue Rechte und Privilegien. In der Provinz Posen wurden den Polen alle Rechte genommen, und der Kampf wird nicht um Rechte und Privilegien, sondern um das Dasein geführt. Über den deutschen Wettbewerb klagten und klagen die Posener niemals, sie fürchten den Kampf mit den Deutschen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete nicht; sie beschweren sich nur über die Bedrückung seitens der Regierung, weil diese Ausnahmegesetze gegen sie erläßt und sie ihrer Rechte beraubt. Die Ruthenen dagegen werfen der Staatsregierung, d. h. dem einzigen Faktor, von dem alles abhängt, nichts vor, sie kämpfen nur mit unserer Nation.

Die Lage der Ruthenen in Galizien kann daher in keiner Hinsicht mit der Lage der Polen unter preußischer Herrschaft verglichen werden.

Nur in Rußland werden sie ganz ebenso, wie wir in Preußen, behandelt, und dort sind wir ihre Leidensgenossen.

Aus Nr. 528 der Nowa Reforma (Krakau) vom 18. November 1910:

Neue Pläne der Hakatisten.

Der Hauptvorstand des hakatistischen Verbandes in Deutschland hielt vor einigen Tagen in Berlin eine Hauptversammlung ab, die den Zweck hatte, Stellung zu nehmen zu einigen neuen polnischen Fragen, die in letzter Zeit in die Erscheinung getreten waren. Dem Vorstande gehören 160 „wahrhaft deutsche Männer“ aus allen Gegenden des Deutschen Reiches, vorwiegend aber aus den östlichen Provinzen Preußens an. Da ihnen für die Beteiligung an derartigen Versammlungen anständige Tagegelder gezahlt werden, so kann man sich nicht wundern, daß alle erschienen waren.

Die erste „Frage“, über die verhandelt wurde, war der Aufschwung des Polentums in Oberschlesien. Allgemein war man darüber einig, daß der weiteren „Polonisierung“ dieser „urdeutschen“ Provinz vorgebeugt werden müsse. Aber in welcher Weise? In dieser Hinsicht waren die Erschienenen ratlos. Sie wunderten sich nur darüber, weshalb die oberschlesischen polnischen Arbeiter lieber der Stimme der polnischen Agitatoren folgten, die ihnen doch keine materiellen Vorteile ver-

schaffen könnten, als treu auf Seiten ihrer deutschen Arbeitgeber zu stehen. Schließlich wurde beschlossen, daß man in Oberschlesien deutsche Volksbanken und Arbeitsvermittelungsbureaus, überhaupt wirtschaftliche Anstalten gründen müßte, die das dortige polnische Volk durch materielle Vorteile vom Polentum abhielten.

Dieser Beschluß ist für die Ansichten dieser Hakatisten über die nationale Frage und über alle idealen Fragen bemerkenswert — für die Weiterentwickelung der national-polnischen Sache in Schlesien ist er jedoch ungefährlich.

Den folgenden Gegenstand der Beratungen bildete die Enteignungsangelegenheit. Es wurde darauf hingewiesen, daß die polnische Bevölkerung, sehend, daß die preußische Regierung nicht den Mut habe, von dem betreffenden Gesetze Gebrauch zu machen, über dieses bereits zu spotten anfange. Die Angst, die das Gesetz angeblich anfangs in den polnischen Kreisen hervorgerufen habe, sei vollständig verschwunden. Die Versammlung habe deshalb eine scharfe Resolution beschlossen, in der die preußische Regierung aufgefordert werde, mit der Enteignung sofort zu beginnen. Überdies verlange die Resolution den Erlaß eines neuen Gesetzes, das ein für allemal die Aufteilung von Landgütern auf polnischer Seite vollständig lahmlegte.

Sehr interessant waren die Erörterungen über die Landtagswahlreform in Preußen. Daraus haben die Polen erfahren, daß gerade die polnische Angelegenheit der Demokratisierung der preußischen Landtagswahlreform im Wege stehe. Wenn man sie nämlich auf demokratische Unterlage stützte und dadurch die Zusammensetzung des preußischen Landtages vollständig änderte, würde man dort wahrscheinlich kein neues antipolnisches Gesetz mehr durchbringen können, und die bisherigen würden ernstlich bedroht sein. Die Regierung wurde deshalb entschieden vor einer größeren Wahlreform gewarnt. Durch diesen Beschluß wurde unvorsichtigerweise zugegeben, daß die gegenwärtige antipolnische Politik in Preußen hauptsächlich das Werk der augenblicklich regierenden konservativen Junkerkreise ist. Auf polnischer Seite wußte man dies längst. Diese Kreise haben ja von der antipolnischen Politik sehr bedeutende materielle Vorteile.

Den letzten Gegenstand der Beratungen bildete die Angelegenheit der allgemeinen gesellschaftlichen Versicherung in Deutschland. Über das betreffende Gesetz, das alle derartigen Versicherungen in sich schließen soll, verhandelt bereits seit einem Jahre der deutsche Reichstag. In der Kommission für dieses Gesetz wurde nämlich unter anderem beschlossen, daß den Mitgliedern der Krankenkasse das Recht der freien Ärztewahl zustehen solle. Dieser Beschluß erfüllt die Herzen der Hakatisten mit Grauen. Falls er nämlich durchgeführt werden sollte, würden die polnischen Mitglieder der Krankenkassen sich ausschließlich bei polnischen Ärzten Rat holen können; die deutschen Ärzte aber, die heute aus den Krankenkassen bedeutende Einnahmen beziehen, würden geschädigt werden. Es wurde deshalb ein Beschluß gefaßt, der vor derartigen Vorschriften warnt und verlangt, daß auch die Krankenkassen, sowie alle anderen sozialen Versicherungsanstalten, nach wie vor in den polnischen Landesteilen den Charakter germanisatorischer Anstalten haben sollten.

Aus Nr. 522 der Nowa Reforma (Krakau) vom 15. November 1910:

Deutsche Agitation in Galizien.

Lemberg, den 14. November.

Die aus dem Auslande nach Galizien eingeführte, immer noch von der Gesellschaft und den Landesbehörden gering geschätzte deutsche Agitation nimmt mit jedem Tage zu. Durch Jahrhunderte lebten wir mit den im Lande verstreuten deutschen Ansiedlern, die keineswegs Veranlassung hatten, sich über irgendeine Hintansetzung zu beklagen, in nationaler Eintracht. Erst seit einigen Jahren drängen sich ihnen verschiedene „Beschützer von draußen“ auf, die sich bemühen, in Galizien neue, deutsch-polnische Nationalzwistigkeiten zu schüren und bis jetzt ruhige Bürger aufzuhetzen, indem sie künstlich unter ihnen Unzufriedenheit und verschiedene Bedürfnisse hervorrufen, die sie tatsächlich nicht empfinden. Wir wollen nicht die den breiteren Bevölkerungsschichten bekannten Einzelheiten der von dem „Bunde der christlichen Deutschen in Galizien“ auf dem Gebiete des Volks- und sogar Mittelschulwesens betriebenen Agitation, wie sie die bekannte Tatsache von der Entsendung einer Deputation an den Statthalter beweist, wiederholen. Sogar gelegentlich der Wahlreform bemühten sich die Deutschen, ihre Sonderstellung zu betonen, und in der Deputation an den Landesmarschall sie traten mit merkwürdigen Ansprüchen auf.

Jetzt kann ich über eine neue Tatsache berichten, die beweist, wie systematisch die Deutschen die nationalen Verhältnisse im Lande zu untergraben trachten und, dem Beispiele der Ruthenen folgend, Mittel zu Agitationszwecken aus Staatskassen erlangen wollen. Unlängst wurde nämlich ein deutscher „Galizischer landwirtschaftlicher Verband“ gegründet, der die landwirtschaftlichen Vereine beseitigen und überhaupt die Agitation unter den Bauern in den deutschen Ansiedelungen ermöglichen und erleichtern soll. Überdies wendeten sich die Deutschen an das landwirtschaftliche Ministerium mit der Bitte um Überweisung eines Teiles der zur Hebung der Viehzucht in Galizien bestimmten Unterstützung an die „deutschen landwirtschaftlichen Vereine“ in Galizien.

Bekanntlich bestimmte die Regierung für diesen Zweck anläßlich der Handelsverträge mit den Balkanstaaten einen Betrag in Höhe von 1 400 000 Kronen jährlich, von dem ein Teil den polnischen und ruthenischen landwirtschaftlichen Vereinen zu Verfügung gestellt werden soll. Die Deutschen melden sich also jetzt als die „dritte Nationalität“, gründen zu diesem Zwecke phantastische „landwirtschaftliche Vereine“ um unter diesem Vorwande Staatsbeihilfen zu erhalten.

Wir machen deshalb unsere einflußreichen Kreise erneut auf dieses System der deutschen Agitationsarbeit in Galizien aufmerksam, so lange es noch nicht zu spät ist.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.